

unberücksichtigten Tendenz liegt leider nicht im Vermögen Deutschlands.

Gefahren der Planwirtschaft

In eben dem Maße, in dem der fehlende internationale Absatz uns zur Einschränkung im Einkauf verpflichtet, wird — um die deutsche Arbeitskraft nicht brach liegen zu lassen — versucht werden müssen, die fehlenden Rohstoffe entweder durch komplizierte Verfahren selbst zu gewinnen, oder wenn dies nicht möglich ist, sie zu ersetzen. Diese Aufgabe kann aber nur durch eine planmäßig geleitete Wirtschaft gelöst werden. Ein gesichertes Unternehmen, weil jeder Planwirtschaft nur zu leicht die Verbürokratisierung und damit die Erstickung der ewig schöpferischen privaten Einzelinitiative folgt. Wir können aber im Interesse unseres Volkes nicht wünschen, daß durch eine sich dem Kommunismus nähernde Wirtschaft und der dadurch bedingten Einschränkung der Produktionsenergie die mögliche Gesamtleistung unserer vorhandenen Arbeitskraft vermindert und somit der allgemeine Lebensstandard statt einer Verbesserung erst recht eine Verschlechterung erfährt.

Diese Gefahr wird noch erhöht durch die Tatsache, daß jede Planwirtschaft nur zu leicht die harten Geleise der wirtschaftlichen Kulis der Besseren und der Vernichtung der Schlechteren ausbeutet oder zum mindesten einschränkt zugunsten einer Garantie der Erhaltung auch des minderwertigen Durchschnitts auf Kosten der höheren Fähigkeit, des höheren Fleißes und Wertes und damit zu Lasten des allgemeinen Ruhens.

Wenn wir also trotz dieser Erkenntnis diese Wege beschritten haben, dann geschah es unter dem härtesten Zwang der Notwendigkeit. Was in den 2 1/2 Jahren auf den Gebieten einer planmäßigen Arbeitsbeschaffung, einer planmäßigen Marktregelung, einer planmäßigen Preis- und Lohngestaltung erreicht wurde, hat man noch einige Jahre vorher für gänzlich unmöglich gehalten. Allein es gelang nur dadurch, daß wir hinter diese Scheinbar so trockenen wirtschaftlichen Maßnahmen die lebendigen Energien der ganzen Nation fesselten.

Eine Anzahl sachlicher und psychologischer Voraussetzungen mußten zu dem Zweck aber erst geschaffen werden. Um das Funktionieren der nationalen Wirtschaft sicherzustellen, war es notwendig, zunächst eine

unbedingte Ruhe in die ewige Bewegung der Lohn- und Preisbildung

zu bringen. Es war weiter erforderlich, allen nicht aus einem höheren nationalwirtschaftlichen Interesse kommenden Eingriffen die treibenden Voraussetzungen zu entziehen, d. h. die von der Lohn- und Preispolitik lebenden Klassenorganisationen beider Lager aufzuheben. Die Zerstückelung der Kampfvereinigungen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer erforderte die analoge Beseitigung der von diesen Interessentengruppen ausgehaltenen und sie dafür stützenden politischen Parteien. Dies wieder zwang zur

Einführung einer neuen konstruktiven und lebendigen Verfassung

und zu einem neuen inneren Reichs- und Staatsaufbau. Sollte das alles aber mehr sein als rein äußerliche Organisationsänderungen, dann mußte das Volk zu einem neuen gesellschaftlichen Denken und Leben erjogen werden, lauter Aufgaben, von denen jede für sich ein Jahrhundert zu füllen vermag und über die schon Völker und Staaten zerbrochen sind. Wenn man aber ein solches Programm, das entweder im großen gelingt oder sonst von vornherein in allen Einzelheiten mißlingen muß, zur Verwirklichung bringen will, dann hängt das Gelingen von zwei Voraussetzungen ab, vom Ausmaß der vorhandenen Ruhe und von der Dauer der zur Verfügbung stehenden Zeit.

Wir Deutsche können nur beklagen, daß die übrige Welt sich noch immer so wenig Mühe gibt, eine objektive Prüfung dessen, was in Deutschland in den letzten 2 1/2 Jahren geschehen ist, vorzunehmen, und daß sie nicht das Wesen einer Weltanschauung studiert, der diese Leistungen ausschließlich zuzuschreiben sind. Denn die Zielsetzung sowohl als auch die Durchführung der Aufgaben, die dem heutigen Deutschland seinen eigenartigen Stempel aufprägen, sind ausschließlich von diesem nationalsozialistischen Gedankengut gekommen, sind der nationalsozialistischen Partei, ihrer Organisation und der ihr zu eigenen und emporstrebenden Tatkraft zuzuschreiben. (Stimmlicher Beifall.)

In Deutschland hat sich in den letzten zwei Jahren eine Revolution vollzogen, die größer ist, als dies dem Durchschnitt der Menschheit jetzt zum Bewußtsein kommt. Der Umfang und die Ziele dieser Revolution haben nicht gelitten durch die Schonung mit der sie ihre einstigen Gegner behandelte, denn diese Schonung entsprang durchaus nicht dem Gefühl der Schwäche, als vielmehr der Überzeugung einer tum-

höhen Überlegenheit, ebenso wie einer selbstsicheren, durch nichts zu erschütternden Siegeszuversicht. (Beifall.)

Dieses neue Deutschland kann daher nicht in Vergleich gebracht werden mit dem Deutschland der Vergangenheit.

Seine Ideen sind ebenso neu wie seine Handlungen. Der Geist des bürgerlichen Hurratriotismus ist als politisch bestimmender Faktor genau so überwunden wie die Tendenzen des marxistischen Internationalismus.

Wenn das heutige Deutschland für den Frieden eintritt, dann tritt es für ihn ein weder aus Schwäche, noch aus Freigebigkeit. (Lofender Beifall, Rufe „Ja, wohl!“) Es tritt für den Frieden ein aus einer anderen Vorstellung, die der Nationalsozialismus von Volk und Staat besitzt. Denn dieser steht in der machtmäßig erzwungenen Einschmelzung eines Volkes in ein anderes wesensfremdes nicht nur kein erstrebenswertes politisches Ziel, sondern als Ergebnis eine Gefährdung der inneren Einheit und damit der Stärke eines Volkes auf lange Zeit gerechnet. Seine Lehre lehnt daher den Gedanken einer nationalen Assimilation dogmatisch ab.

Damit ist auch der bürgerliche Glaube einer möglichen Germa-

nisation widerlegt. Es ist daher weder unser Wunsch noch unsere Absicht, fremden Volkstümern das Volkstum, die Sprache oder die Kultur wegzunehmen, um ihnen dafür eine fremde deutsche aufzuzwingen. Wir geben keine Anweisung für die Verdeutschung nichtdeutscher Völker aus, im Gegenteil, wir wünschen dies nicht. Unsere vollstehende Lehre sieht daher in jedem Krieg zur Unterjochung und Beherrschung eines fremden Volkes einen Vorgang, der früher oder später den Sieger innerlich verändert und schwächt und damit in der Folge zum Besiegten macht. (Wiederholte stürmische Heilrufe.)

Wir glauben aber auch gar nicht daran, daß in Europa die durch und durch nationalisierten Völker im Zeitalter des Nationalitätenprinzips überhaupt noch national enteignet werden könnten. Die letzten 150 Jahre bieten hier bezeichnende und warnende Beispiele mehr als genug. Die europäischen Nationalstaaten werden bei keinem kommenden Kriege — abgesehen von vorübergehenden Schwächungen ihrer Gegner — mehr erreichen können als geringfügige, im Verhältnis zu den dargebrachten Opfern gar nicht ins Gewicht fallende vollstehende Grenzkorrekturen.

Der permanente Kriegszustand

der aber durch solche Absichten zwischen den einzelnen Völkern ausgerichtet wird, mag verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Interessen dienlich als nützlich erscheinen, für die Völker bringt er nur Lasten und Unglück. Das Blut, das auf dem europäischen Kontinent fast 300 Jahre vergossen wurde, steht außer jedem Verhältnis zu dem vollen Resultat dieser Ereignisse. Frankreich ist am Ende Frankreich geblieben, Deutschland Deutschland, Polen Polen, Italien Italien. Was dynastischer Egoismus, politische Leidenschaft und patriotische Verbildung an scheinbaren tiefgreifenden staatspolitischen Veränderungen unter Strömen von Blut erreicht haben, hat in nationaler Beziehung stets nur die Oberfläche der Völker gerührt, ihre grundsätzliche Markierung aber wesentlich kaum mehr verschoben. Gätten diese Staaten nur einen Bruchteil ihrer Opfer für künftige Zwecke eingesetzt, so wäre der Er-

folg sicher größer und dauerhafter gewesen. (Beifall.)

Wenn ich als Nationalsozialist mit allem Freimut diese Auffassung vertrete, dann bewegt mich dabei noch folgende Erkenntnis: Jeder Krieg verzehrt zunächst die Kräfte der Völker. Da es in Europa einen leeren Raum nicht mehr gibt, wird jeder Krieg, ohne an der grundsätzlichen europäischen Not etwas zu ändern, höchstens eine ziffermäßige Vermehrung der Einwohner eines Staates mit sich bringen können. Wenn aber den Völkern daran so viel liegt, dann können sie dies statt mit Tränen auf eine einfachere und vor allem natursichere Weise erreichen. (Langanhaltender Beifall.) Eine gesunde Sozialpolitik kann bei einer Steigerung der Geburtenfruchtbarkeit einer Nation in wenigen Jahren mehr Kinder des eigenen Volkes schenken, als durch einen Krieg an fremden Menschen erobert und damit niedergeworfen werden können. (Erneuter Beifallssturm.)

ein Beitrag zum Frieden, der größer ist, als manche Unterschrift unter manchen Pakt

Ich glaube, daß mit dieser feierlichen Erklärung eigentlich ein lange dauernder Streit zwischen beiden Nationen abgeschlossen sein dürfte. Wir geben sie ab in der Empfindung, daß dieser Konflikt und die mit ihm verbundenen Opfer für beide Nationen in keinem Verhältnis stehen zu dem Objekt, das, ohne jemals selbst gefragt zu werden, immer wieder die Ursache von so viel allgemeinem und politischem Unglück gewesen ist und sein würde. Wenn aber eine solche Erklärung nur die Würdigung findet, zur Kenntnis genommen zu werden, dann bleibt natürlich auch uns nichts anderes übrig, als diese Antwort ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich muß aber an dieser Stelle protestieren gegen jeden Versuch, den Wert von Erklärungen je nach Bedarf verschieden zu tagieren. Wenn die deutsche Reichsregierung versichert, namens des deutschen Volkes nichts anderes als den Frieden zu wünschen, dann ist diese Erklärung entweder genau so viel wert als ihre Unterschrift unter irgendeiner besonderen Paktformulierung, oder diese könnte sonst nicht mehr wert sein als die erste feierliche Erklärung.

Es ist eigentümlich, daß im geschichtlichen Leben der Völker manchmal

förmliche Begriffs-Inflationen

vorkommen, die einer genauen Prüfung der Vernunft nur schwer standhalten können. Seit einiger Zeit lebt die Welt z. B. in einer förmlichen Manie von kollektiver Zusammenarbeit, kollektiver Sicherheit, kollektiver Verpflichtungen usw., die alle auf den ersten Augenblick konkreter Inhalt zu sein scheinen, bei näherem Hinsehen aber zum mindesten vielfachen Deutungen Spielraum geben.

Was heißt kollektive Zusammenarbeit? Wer stellt fest, was kollektive Zusammenarbeit ist und was nicht? Ist nicht der Begriff „kollektive Zusammenarbeit“ seit hundert Jahren in der verschiedensten Weise interpretiert worden? Ich glaube, ich spreche es richtig aus, wenn ich sage, daß neben vielen anderen Rechten sich die Siegerstaaten des Versailler Vertrages auch das Recht vorweggenommen haben, unvordenklich zu deklarieren, was „kollektive Zusammenarbeit“ ist und was „kollektive Zusammenarbeit“ nicht ist. (Beifall.)

Wenn ich mir an dieser Stelle erlaube, ein Artitel an diesem Verfahren zu üben,

dann geschieht es, weil dadurch am ehesten die innere Notwendigkeit der letzten Entschlüsse der Reichsregierung klar gelegt und das Verständnis für unsere wirklichen Absichten geweckt werden kann. Der heutige Gedanke der kollektiven Zusammenarbeit der Nationen ist

ursächliches und wesentliches geistiges Eigentum des amerikanischen Präsidenten Wilson.

Die Politik der Vorkriegszeit wurde mehr bestimmt von der Idee der Bündnisse, von durch gemeinsame Interessen zusammengeführten Nationen. Mit Recht und Unrecht machte man diese Politik einst verantwortlich für den Ausbruch des Weltkrieges. Seine Beendigung wurde — mindestens soweit es Deutschland betrifft — beschleunigt durch die Doktrin der 14 Punkte Wilsons und der drei sich später noch ergänzenden. In ihnen war im wesentlichen zur Verhütung der Wiederkehr einer ähnlichen Menschheitskatastrophe folgender Gedankengang niedergelegt.

Der Friede soll nicht sein ein Friede einseitigen Rechts, sondern ein Friede allgemeiner Gleichheit und damit des allgemeinen Rechts. Es soll sein ein Friede der Versöhnung, der Abrüstung aller und dadurch der Sicherheit aller. Daraus resultierte als Krönung die Idee einer internationalen kollektiven Zusammenarbeit aller Staaten und Nationen im Völkerbund.

die im Friedensvertrag auferlegten Bedingungen mit förmlichem Fanatismus erfüllt

Finanziell bis zur vollständigen Zerrüttung seiner Finanzen, wirtschaftlich bis zur totalen Vernichtung seiner Wirtschaft, militärisch bis zur vollkommenen Wehrlosigkeit. Ich wiederhole hier in großen Zügen noch einmal die von niemand zu bestreitende Tatsache der deutschen Erfüllung der Verträge.

Der Führer verlas hier die Liste der von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages zerstörten Waffen und Kriegsmittel, wie sie im Auftrug der Reichsregierung vom 16. März 1935 angeführt waren.

Damit hat Deutschland in einer förmlichen Selbstkaufgabe seinerseits alle Voraussetzungen geschaffen für eine Zusammenarbeit kollektiver Art im Sinne der Gedanken des amerikanischen Präsidenten.

Run — zumindest nach dem Vollzug dieser deutschen Abrüstung hätte die Welt ihrerseits denselben Schritt zur Herstellung der

Rein, das nationalsozialistische Deutschland will den Frieden aus tiefsten inneren weltanschaulichen Überzeugungen.

Es will ihn weiter aus der einfachen primitiven Erkenntnis, daß kein Krieg gerechtfertigt sein würde, das Wesen unserer abgewinnenen europäischen Not zu beheben, wohl aber sie zu vermehren. Das heutige Deutschland lebt in einer gewaltigen Arbeit der Wiedergutmachung seiner inneren Schäden. Keines unserer Projekte sachlicher Natur wird vor 10–20 Jahren vollendet sein. Keine der gestellten Aufgaben ideoeller Art kann vor 50 oder vielleicht auch 100 Jahren ihre Erfüllung finden. Ich habe einst die nationalsozialistische Revolution durch die Schaffung der Bewegung begonnen und seitdem als Aktion geführt. Ich weiß, wir alle werden nur den allerersten Beginn unserer ganzen unumwandelnden Entwicklung erleben. Was könnte ich anderes wünschen als Ruhe und Frieden? Wenn man aber sagt, daß dies nur der Wunsch der Führung ist, so kann ich darauf folgende Antwort geben: Wenn nur die Führer und Regierenden den Frieden wollen, die Völker selbst haben sich noch nie den Krieg gewünscht. (Lofender Beifall.)

Deutschland braucht den Frieden und es will den Frieden. Wenn ich nun aus dem Munde eines englischen Staatsmannes höre, daß solche Versicherungen nichts sind und nur in der Unterwelt unter Kollektivverträge die Gewähr der Aufrichtigkeit liegt, so bitte ich Mister Eden, dabei bedenken zu wollen, daß es sich in jedem Fall um eine Versicherung handelt. Es ist manchmal viel leichter, den Namen unter Verträge zu setzen mit dem inneren Vorbehalt einer letzten Nachprüfung seiner Haltung in der entscheidenden Stunde, als angeht eine ganze Nation in voller Offenheit sich zu einer Politik zu bekennen, die dem Frieden dient, weil sie die Voraussetzungen für den Krieg ablehnt. (Beifall.)

Ich hätte die Unterschrift unter zehn Verträge setzen können, so würde das Gewicht dieser Handlungen nicht gleichbedeutend sein mit der Erklärung, die ich anlässlich der Saarabstimmung Frankreich gegeben habe. Wenn ich als Führer und Beauftragter der deutschen Nation vor der Welt und meinem Volk die Versicherung abgebe, daß ich mit der Lösung der Saarkrage an Frankreich keine territorialen Forderungen mehr stellen werde, so ist dies

Ich muß an diesem Platz noch einmal betonen, daß es kein Volk gab, das gegen Ende des Krieges diese Ideen begieriger aufgegriffen hat als das deutsche. Seine Leiden und Opfer waren weltens am größten von allen der am Krieg teilnehmenden Staaten. Im Vertrauen auf dieses Versprechen legten die deutschen Soldaten die Waffen nieder.

Als im Jahre 1919 der Friede von Versailles dem deutschen Volk diktiert wurde, war der kollektiven Zusammenarbeit der Völker damit das Todesurteil gesprochen worden. Denn an die Stelle der Gleichheit aller trat die Klassifikation der Sieger und Besiegten.

An die Stelle des gleichen Rechtes die Unterscheidung in Verachtete und Rechtlose. An die Stelle der Versöhnung aller die Verstärkung der Unterlegenen. An die Stelle der internationalen Abrüstung die Abrüstung der Besiegten. An die Stelle der Sicherheit aller trat die Sicherheit der Sieger.

Dennoch wurde noch im Friedensdiktat von Versailles ausdrücklich festgesetzt, daß die Abrüstung Deutschlands nur vorausgehen solle zur Grundgleichung der Abrüstung der anderen. Und nun ist an diesem einen Beispiel festzustellen, wie sehr die Idee der kollektiven Zusammenarbeit gerade von denen verletzt wurde, die heute ihre lautesten Fürsprecher sind. Deutschland hatte

Gleichheit vollziehen müssen. Es ist nur ein Beweis für die Wichtigkeit dieser Auffassung, daß es auch bei den anderen Völkern und in anderen Staaten nicht an mahnenben und warnenden Stimmen gefehlt hat die für die Erfüllung dieser Pflicht eintraten. Ich will nur einige dieser sicherlich nicht als Freunde des heutigen Deutschland anzusprechenden Männer anführen um aus ihren Erklärungen jene zu widerlegen die in einer Art Vergeßlichkeit nicht mehr wissen wollen.

daß der Friedensvertrag nicht nur für Deutschland die vertragliche Pflicht der Abrüstung enthielt,

sondern auch für die übrigen Staaten. Lord Robert Cecil, Mitglied der britischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz und Führer der britischen Dele-

tion auf der Abrüstungskonferenz (Revue in Paris 1924 Nr. 5):

„Die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags und der anderen Friedensverträge beginnen mit einer Präambel, die folgendermaßen lautet: „Am die Einleitung einer allgemeinen Abrüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die folgenden Bestimmungen über Landheer, Seemacht und Luftfahrt genau zu beachten.“ Diese Präambel enthielt eine Vereinbarung, Sie ist ein feierliches Versprechen der Regierungen an die Demokratien aller Staaten, die die Friedensverträge unterzeichnet haben. Wenn es nicht gehalten wird, so kann das durch die Friedensverträge errichtete System nicht dauerhaft gestaltet werden und selbst die Teilabrüstung wird binnen kurzem zu bestehen aufhören.“

Paul-Boncour am 8. April 1927

Auf der 3. Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes: „Es ist richtig, daß die Präambel zum Teil 5 des Versailler Vertrags die Begrenzung der Rüstungen betrifft, die Deutschland als Voraussetzung und als Vorläufer einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungen auferlegt wurden. Das unterscheidet sehr genau die Rüstungsbeschränkungen Deutschlands von anderen ähnlichen Rüstungsbeschränkungen, die im Laufe der Geschichte nach dem Abschluß von Kriegen auferlegt wurden und die sich im übrigen allgemein als ähnlich unwirksam erwiesen haben. Diesmal ist diese Beschränkung — und das gibt ihr erst ihren ganzen Wert — nicht nur einem der Unterzeichner des Vertrags auferlegt worden; sie ist vielmehr eine Pflicht, eine moralische und rechtliche Verpflichtung für die anderen Unterzeichner, die allgemeine Begrenzung der Rüstungen in Angriff zu nehmen.“ (Görtl hört)

Erklärung Henderson vom 20. Januar 1931

„Wir müssen unsere Parlamente, unsere Völker überzeugen, daß alle Mitglieder des Völkerbundes zu dieser Politik der allgemeinen Abrüstung durch feierliche Verpflichtung gezwungen werden, die uns das internationale Recht geben soll, die die nationale Ehre ihr auferlegen. Soll ich den Rat daran erinnern, daß der Artikel 8 der Satzung der Präambel des Teiles V des Versailler Vertrags, die Schlussakte der Konferenz von Locarno und die jedes Jahr seit 1920 von der Versammlung angenommenen Beschlüsse darlegen, daß alle Bundesmitglieder auf diesem Gebiet die gleiche Verantwortung trifft? Alle haben wir Verpflichtungen auf uns genommen und wenn wir sie nicht erfüllen, wird man unsere friedlichen Absichten in Zweifel ziehen können, der Einfluß und das Ansehen des Völkerbundes würden darunter leiden.“ (Sehr richtig)

Erklärung Briand vom 20. Januar 1931

Im Namen meines Landes schreibe ich mich den besetzten Worten an, mit denen unser Präsident die Sitzung eröffnet hat. Ich glaube wie Sie — ich habe die Gelegenheiten gehabt, es schon häufig zu sagen —, daß die Verpflichtungen, die die Nationen durch Unterzeichnung des Artikels 8 der Völkerbundsatzung vertraglich eingegangen sind, keine toten Buchstaben bleiben dürfen. Sie stellen eine heilige Verbindlichkeit dar und ein Land, das sich ihr entziehen würde, würde sich e n t e h r e n .

Ausspruch des belgischen Außenministers Vanderveelde

Mitglied der belgischen Friedensdelegation vom 27. Februar 1927: Von nun an stehen wir vor folgendem Dilemma: Entweder müssen die anderen Mächte ihre Armeen im Verhältnis zu der deutschen Reichswehr vermindern oder der Friedensvertrag wird hinfällig und Deutschland nimmt für sich das Recht in Anspruch, Streitkräfte zu besitzen, die die Unverletzbarkeit seines Gebietes zu verteidigen in der Lage sind (Bravo). Aus diesen Tatsachen sind zwei Schlussfolgerungen zu ziehen: Einmal, daß alle Kontrollmaßnahmen wenig wirksam sind, zum anderen, daß die Entwarnung entweder allgemein oder überhaupt nicht sein wird.

Derselbe Außenminister vom 29. Dezember 1930 im „Populaire“: Man würde aus dem Versailler Vertrag einen Felsen Papier machen, wenn man die moralischen und rechtlichen Verpflichtungen des Vertrages nicht erfüllt, die dem besiegten Deutschland die Entwarnung aufzwingen, zu dem Zweck die Abrüstung der anderen vorzubereiten.

Lord Robert Cecil in seiner Rüstungsrede vom 31. Dezember 1930:

Die internationale Abrüstung gehört zu unseren wichtigsten nationalen Interessen. Wir haben nicht nur einmal, sondern zu wiederholten Malen die Verpflichtung übernommen, die Rüstungen der im Weltkrieg siegreichen Nationen herabzusetzen und zu begrenzen als Ergänzung zu der Abrüstung, die wir unseren früheren Gegnern zur Pflicht gemacht haben. Wir werden jedes Vertrauen zu den internationalen Verpflichtungen zerstören, wenn wir das, was wir versprochen haben, nicht erfüllen. Dabei ist es in meinen Augen von sekundärer Bedeutung, daß wir in

diesem Falle auch nicht zu antworten haben würden, wenn unsere früheren Gegner mit der Forderung an uns herantreten, wie der aufzuklären zu können.

Und noch einmal Paul-Boncour:

Am 26. April 1930 im „Journal“: Endlich braucht man kein Prophet zu sein. Es genügt, die Augen offen zu halten, um festzustellen, daß im Falle eines endgültigen Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen oder auch nur im Falle einer fortwäh-

Alle Voraussetzungen für die Abrüstung der anderen Staaten waren damals restlos gegeben:

1. Deutschland hatte abgerüstet. Sie konnten wirklich nicht behaupten, daß ihnen von den militärisch gänzlich ohnmächtig gewordenen Staaten auch nur die geringste Gefahr hätte drohen können. Dafür aber würde eine internationale Abrüstung dem Bestand des Völkerbundes eine so große innere Kraft gegeben haben, daß kein Staat es hätte wagen können, gegen einen der Teilnehmer an dieser kollektiven gemeinsamen Abrüstung etwa nachträglich gewalttätig zu werden. Damals wäre die beste Gelegenheit gewesen, äußere „Versicherungen“ in eine innere „Tat“ zu verwandeln. Und dies um so mehr, als 2. auch

politisch alle Voraussetzungen dafür gegeben

waren, denn Deutschland war damals eine Demokratie wie nur je eine. Alles genau kopiert und pflichtgetreu nachgeahmt nach den vorhandenen großen Vorbildern. Nicht der Nationalsozialismus regierte in Deutschland. Selbst der bürgerliche Nationalismus war so gut als verschwunden. Von der Sozialdemokratie aber das Zentrum bis zur Demokratie reichte die Spanne der Parteienwelt, die weltanschaulich nicht nur äußerlich der Umwelt gleich, sondern sich mit ihr auch programmatisch verbunden fühlte. Auf was wartete man also damals? Wann konnte je eine bessere Gelegenheit zur Aufrichtung einer kollektiven Zusammenarbeit kommen, als in der Zeit, da in Deutschland ausschließlich jener politische Geist regierte, der auch der Umwelt die charakteristischen Züge verlieh? Nein! Die Zeit war reif, sie war gegeben, nur der Wille war nicht vorhanden! (Beifall.)

Ich will aber, wenn ich die Vertragsuntreue der anderen Seite des Versailler Vertrages feststelle, mich noch gar nicht darauf berufen, daß sie nicht abgerüstet hat, denn wenn man schon glaubt, der damaligen Zeit Bedenken zugute halten zu können wegen der vertraglich verletzten Nichtabrüstung, dann wird es aber wohl schwer sein, die Gründe anzuführen, die zu einer immer größeren Aufrüstung Anlaß geben konnten! Dies ist entscheidend. Nicht nur nicht abgerüstet haben diese anderen Staaten, sondern im Gegenteil ihre Rüstungen auf das außerordentlichste ergänzt, verbessert und damit erhöht.

Es spielt dabei der Einwand keine Rolle, daß man ja zum Teil eine personelle Beschränkung vorgenommen habe. Denn diese personelle Beschränkung wurde mehr als reichlich wettgemacht durch die technisch planmäßige Vervollkommnung der modernsten Kriegswaffen. Sie war außerdem jederzeit spielend nachzuholen. Und folgendes muß dabei besonders berücksichtigt werden. Man hat im Verlauf der Abrüstungsverhandlungen später versucht, die Waffen einzuteilen in Waffen, die mehr für die Verteidigung ge-

tenden Vertagung, Deutschland, das von sicherem Zwange befreit ist, sich einigen werde, diese Abrüstung abzuschließen, und nicht mehr allein eine Abrüstungsbeschränkung zu dulden, die der Versailler Vertrag selbst als die Bedingung aber auch als das Versprechen einer allgemeinen Abrüstung bezeichnet hat. Wir haben keine Wahl mehr.

Was aber war geschehen? Während Deutschland seine Verpflichtungen des ihm

eignet und in solche, die mehr für den Angriff bestimmt seien. Ich muß hier feststellen, daß von diesen für den Angriff als geeignet festgesetzten Waffen Deutschland überhaupt keine mehr besaß. Sie wurden alle restlos zerstört. Und es muß dann aber weiter festgestellt werden, daß gerade diese für den Angriff geeigneten und bestimmten Waffen von den Partnern des Friedensvertrages in der außerordentlichsten Weise weiter entwickelt, verbessert und vermehrt wurden. Deutschland hatte alle seine Flugzeuge zerstört, und zwar wurde es nicht nur wehrlos an aktiven Flugzeugen, sondern auch wehrlos an den passiven Mitteln jeder Fliegerabwehr. In derselben Zeit unterließ aber nicht nur die Vernichtung der vorhandenen Flugzeuge der Vertragspartner, nein, im Gegenteil, sie wurden auf das Außerordentlichste weiter entwickelt.

Die Luftrüstungen der andern

Die Schnelligkeit der Jagdflugzeuge, z. B. stieg von etwa 200 Kilometer bei Kriegsende seitdem dank immer neuer Verbesserungen bei den modernsten Typen auf nahezu 400 Kilometer, die Bewaffnung von zwei Maschinengewehren auf 3, 4 und 5 und endlich auf kleine Maschinenkanonen. Die Steighöhe bei Kriegsende 6000 Meter, auf 9000, 10 000 und 11 000 Meter. Statt wie Deutschland die vorhandenen Bombenflugzeuge zu zerstören, wurden sie auf das eifrigste verbessert, weiter entwickelt und durch immer größere und vollendetere Typen ersetzt. Die bei Kriegsende vorhandenen Leistungen wurden gewichtsmäßig von durchschnittlich 500 bis 1000 Kilogramm Tragkraft auf 1000 bis 3000 erhöht. Die Schnelligkeit von damals durchschnittlich 125 bis 160 Kilometer auf 250 bis 280 bei Nachtbomben, auf 350 Kilometern bei Tagbomben verbessert. Die Steighöhe von bei Kriegsende 3000 bis 4000 Meter auf 6000 bis 7000, ja endlich 9000 Meter erhöht. Die Bewaffnung stieg von 2, 3 und 4 Maschinengewehren auf 4, 6, ja 8 Maschinengewehre und endlich bis zu Geschützen. Die Zielapparate wurden ebenso genial verbessert, daß man ganz offen zugab, mit geradezu unheimlicher Sicherheit die ins Auge gefassten Objekte vernichten zu können. Der Sturzbomber wurde überhaupt neu entwickelt. Die Sprengwirkung der Bomben wurde seit Kriegsende eine immer raffinierter, dem Wunsch nach besserer Vergasung durch neue Erfindungen entsprochen, der Vernichtung der Wohnstätten sollen moderne Brandbomben dienen, die, wie man in den technischen Zeitschriften der verschiedensten Luftmarinen versichert, überhaupt nicht löslich sind. Die Peil- und Richtgeräte dieser Bombenmaschinen wurden dauernd verfeinert und endlich wurde,

wohl als „letzte Triumph des Abrüstungsgedankens“

verklündet, daß nun ohne Piloten Bomben einfach durch Fernsteuerung auf ihre wehrlosen Objekte angezielt und abgelassen würden! Die Zahl der Flugzeuge, der Einsatzzahlen wurde nicht nur nicht vermindert, sondern aber allvermehrt. Die Kriegsschiffe der Marinen wurden mit Flugzeugen versehen, aber nicht nur, daß den einzelnen Kriegsschiffen Kampf- und Bombenflugzeuge als Begleitwaffen mitgegeben wurden, nein, man schritt zur Konstruktion besonderer gigantischer Flugzeugträger — und das alles im Zeichen der „Abrüstung“ —, einer Offenkriegswaffe! Das alles in Erfüllung der im Friedensvertrag von Versailles vorgeschriebenen Befolgung der von Deutschland vorgenommenen Zerstörung der Flugzeuge!

Deutschland hat entsprechend dem ihm auferlegten Verpflichtungen seine Tanks des Weltkrieges vernichtet. Es hat damit jedenfalls eine „Offenbar-Waffe“ vertragstreue zerstört und abgeschafft. Es wäre die Pflicht der anderen Staaten gewesen, nun ihrerseits mit der Vernichtung ihrer Tanks aber auch zu beginnen. Allein nicht nur, daß diese Vernichtung unterließ, es erfolgte eine dauernde Verbesserung derselben sowohl in bezug auf die Schnelligkeit als auch in bezug auf die Widerstands- und Angriffsfähigkeit. Die Schnelligkeit der Weltkriegstanks von 4 bis 12 Kilometer wurde gesteigert auf 30, 40, 50 Kilometer, ja endlich bis auf 160 Kilometer in der Stunde! Als Deutschland schon längst keine Riete mehr von seinen ehemaligen Tanks besaß, ging Frankreich von den mittleren Typen von 10 bis 14 Tonnen zu

schweren Typen von 25 bis 30 Tonnen und endlich zu allerhöchsten Typen von rund 90 Tonnen über. Während noch im Feld jeder Tank von einem 13-Millimeter-Projektile durchschlagen werden konnte, wurden die neuen Kriegsmaschinen mit Panzerplatten von 50 bis 60 Millimeter ausgestattet und damit sogar für Geschosse der Feldartillerie unverwundbar gemacht.

Parallel dieser furchtbaren passiven Verbesserung dieser Waffen in bezug auf Schnelligkeit, Gewicht, Gasdichte, Schießfähigkeit und Panzerstärke ging eine enorme Entwicklung der Angriffswaffen dieser Kriegsmaschinen vor sich. An Stelle der Maschinengewehre oder des 4- bis 5-Zentimeter-Geschützes und darüber kamen nun Kombinationen; Tanks mit 7,5-Zentimeter-, mit 10-Zentimeter-, mit 15-Zentimeter-Geschützen und darüber sind keine Phantasie, sondern furchtbare Wirklichkeit geworden.

In derselben Zeit, in der Deutschland seine Tanks zerstört hat und nun auf die Erfüllung der Verpflichtung der anderen wartete, haben die anderen mehr als 13 000 neue Tanks gebaut

und zu immer entgeglicheren Waffen verbessert und vergrößert.

Laut Bestimmung des Versailler Vertrages mußte Deutschland seine gesamte schwere Artillerie vernichten. Auch dies wurde erfüllt. Während aber die deutschen Haubitzen und Mörser mit den Schneidbrennern zerschnitten als Schrott in die Höfen wanderten, unterließ nicht nur die analoge Zerstörung der schweren Artillerie bei den Vertragspartnern, sondern im Gegenteil, es erfolgte auch dort die-

aufdiktierten Vertrages getreu erfüllt hat, unterließ die nachfolgende Vertragsbefolgung bei den sogenannten Siegerstaaten. Wenn man heute versucht, durch Ausreden dieses Verlaummis zu entschuldigen, dann ist die Widerlegung solcher Ausflüchte wirklich nicht schwer. Wir hören jetzt zu unserem Erstaunen aus dem Munde fremder Staatsmänner, daß die Absicht der Erfüllung an sich wohl bestanden hätte, allein die Zeit hierfür noch nicht dagewesen sei. (Gelächter.) Wie?

selbe konstruktive Weiterentwicklung, Verbesserung und Vervollkommnung. Als es schon längst keine 42-Zentimeter-Mörser mehr gab, erfährt man, daß den französischen Fabriken die Konstruktion einer 54-Zentimeter-Haubitze erfolgreich gelungen war; Ferngeschütze von 60 bis 120 Kilometer Schußweite sind als Neukonstruktion entstanden.

Genial wurde die neue und neueste schwere und schwerste Artillerie in handfame Transport- und Zuglasten geteilt, um ihre Beweglichkeit mit Hilfe von Traktoren und Raupenschleppern auf das Höchste zu steigern. Dies geschah mit einer Waffe, die wirklich sehr offenen Charakter besitzt und der gegenüber man in Deutschland nicht nur keine Gegenwaffe, sondern nicht einmal die Möglichkeit einer leichten Defensivabwehr besaß.

Gaswaffe:

Deutschland mußte laut Versailler Vertrag als Voraussetzung wieder für die Abrüstung der Vertragspartner seine gesamten Gaswaffen zerstören, und es hat dies treu getan. In den anderen Staaten war man in den chemischen Laboratorien beschäftigt, natürlich nicht, um diese Waffen abzuschaffen, sondern im Gegenteil, um sie unermüdet zu verbessern. In aller Öffentlichkeit wurde von Zeit zu Zeit der Welt die erstaunliche Mittelung über die gelungene Auffindung eines neuen und noch tödlicheren Gases gegeben, sowie von neuen Granaten und Bomben zum Verschicken.

U-Boote:

Auch hier hat Deutschland entsprechend den Paragraphen des Versailler Vertrages zur Ermöglichung der internationalen Abrüstung seine Verpflichtungen getreulich erfüllt. Was auch nur einem U-Boot ähnlich sah, wurde von dem Schneidbrenner restlos zerlegt, aufgerissen und verrottet. Die Umwelt hat aber nicht nur nicht sein Beispiel befolgt, nein, sie hat nicht einmal ihre Kriegsbefehle befolgt, sondern im Gegenteil, sie dauernd ergänzt, verbessert und vermehrt. Die Steigerung des Displacements ging endlich bis 3000-Tonnen-Boote, die Verstärkung der Armierung bis zu 20-Zentimeter-Kanonen. Die Zahl der Torpedoboote wurde pro Boot vergrößert, ihre Kaliberstärke erhöht, der Torpedo selbst in seine Bauweise und Sprengwirkung gesteigert. Der Aktionsradius dieser U-Boote nahm gegenüber den Leistungen des Krieges noch gewaltig zu. Die Tauchtiefe wurde weitergestreckt, die Scheinrichtungen genial vervollkommnet.

Dies war der Beitrag der Abrüstung von Seiten der Staaten, die sich im Versailler Vertrag mitverpflichtet hatten, auch ihrerseits dem deutschen Beispiel zu folgen und damit die U-Bootwaffe zu zerstören. Dies sind nur einzelne Tatsachen. Sie ließen sich nach jeder Richtung hin beliebig ergänzen und vervollständigen.

Sie sind insgesamt der jederzeit dokumentarisch zu belegende Beweis, daß man entgegen den Verpflichtungen des Versailler Vertrages nicht nur der Abrüstung nicht folgte, sondern im Gegenteil eine dauernde Vermehrung und Verbesserung hochentwickelter Kriegsmaschinen vornahm. Man tat also das, was nicht nur den Absichten des Präsidenten Wilson, sondern auch nach den Auffassungen prominentester Vertreter der anderen Seite der unterschriebenen Verpflichtungen des Versailler Vertrages gerade entgegengesetzt war. Wenn dies nicht ein eklatanter Vertragsbruch ist, und zwar einseitiger Vertragsbruch ist, nachdem der andere Partner seine Verpflichtungen restlos erfüllt hatte, wird es schwer einzusehen sein, was in Zukunft die Unterzeichnung von Verträgen überhaupt noch für einen Sinn haben kann. (Beifall.)

Nein! Es gibt dafür keine Verschönerung und keine Ausrede!

Denn Deutschland war wirklich alles andere eher als in seiner vollständigen Wehr- und Waffenlosigkeit eine Gefahr für die anderen Staaten. Trotz jahrelangem vergeblichem Warten auf die Vertragsbefolgung der anderen Seite war Deutschland aber auch weiterhin bereit, seine Hände zu einem wirklichen kollektiven Zusammenarbeiten nicht zu verweigern. Der englische Vorkriegsminister Risher & Co meint, daß die Bereitwilligkeit zur Herstellung einer Parität in der ziffernmäßigen Festlegung der Wehrkräfte überall anzutreffen gewesen sei. Dann ist es aber um so bedauerlicher, daß man daraus nicht praktische Konsequenzen zog. Es war nicht Deutschland, das den Plan einer

200 000-Mann-Armee für alle europäischen Staaten zu Fall brachte, sondern es waren die nicht-abrüstenden Staaten und es war endlich auch nicht Deutschland, das den englischen Vermittlungsvorschlag im Frühjahr 1934 verworfen, sondern es war dies die französische Regierung, die am 17. März 1934 die Verhandlungen darüber abbrach.

Es ist aber fast zwecklos, konstruktive Pläne vorzulegen,

wenn ihre Blüchning von vornherein als sicher angesehen werden kann. Wenn ich mich trotzdem entschließe, noch einmal einen Aufruf unserer Gedanken zu geben, dann geschieht es nur aus dem Gefühl der Pflicht heraus, nichts unversucht zu lassen, um Europadienendeigere Sicherheit und den europäischen Völkern das Gefühl der Solidarität zurückzugeben. Wenn aber nun bisher nicht nur die Erfüllung der Abrüstungsverpflichtung der anderen Staaten unterbleibt, sondern auch alle Vorschläge einer Abrüstungsbegegnung eine Ablehnung erfahren, so ist mir als vor Gott und meinem Gewissen verantwortlicher Führer der deutschen Nation verpflichtet, angesichts des Entstehens neuer Weltkrisen sowie der Festsetzung der Friedensstärke des russischen Heeres auf 960 000 Mann und nach Erhalt der Mitteilung, daß Frankreich zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit schreitet, nunmehr die Rechtsgleichheit Deutschlands, die man ihm international verweigert hat, kraft des Lebensrechts der Nation selbst wieder herzustellen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Heilruf.)

Nicht Deutschland hat damit eine ihm auferlegte Vertragsverpflichtung gebrochen, sondern jene Staaten, die uns zu dieser selbständigen Handlung gezwungen haben. Denn die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Verletzung des Gesetzes über die Aufstellung der deutschen Wehrmacht war nichts anderes, als die Zurückführung Deutschlands auf einen niemand bedrohenden, aber Deutschlands Sicherheit garantierenden Stand gleichen Rechts. (Stürmischer Beifall.)

Ronalds falsche Auffassung

Ich kann dabei nicht unterlassen, an dieser Stelle mein Ersauern auszudrücken über eine Definition, die wir aus dem Munde des englischen Ministerpräsidenten Ronalds vernahmen. Der mit Rücksicht auf die Wiederherstellung einer deutschen Wehrmacht meint, daß nun die anderen Staaten doch recht gehabt hätten, ihrerseits mit der Abrüstung zurückzuhalten. Wenn diese Auffassung allgemeiner wird, steht in Zukunft allerhand zu erwarten. Denn nach dieser Auffassung wird jeder Vertragsbruch nachträglich seine Funktion dadurch erfüllen, daß der andere Partner seinerseits vermutlich dieselben Konsequenzen zieht, das heißt also: A. und B. schließen einen Vertrag. A. erfüllt seine Verpflichtung. B. bricht seine Verpflichtung. Nach jahrelanger Mahnung erfüllt endlich auch B. das Verbot für ihn nicht mehr gültig sei, worauf nun A. berechtigt ist, letztendlich, daß damit sein vorhergehender Vertragsbruch nunmehr die rechtliche moralische Rechtfertigung erfahren hat, indem ja nun B. sich ebenfalls vom Vertrag entzogen. (Vehementes Beifall.)

Ich möchte mich an dieser Stelle nun kurz mit den

Vermitteln und Unterstellungen

beschäftigen, die gegen die Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht gerichtet sind. Man erklärt, daß Deutschland 1. von niemand bedroht wird und daß daher 2. nicht verhandelt sei, warum Deutschland überhaupt aufrüstet. Es würde sich hier die Gegenfrage erheben, warum die andere Seite die sich auf alle Fälle von dem abgerüsteten Deutschland weniger bedroht fühlen konnte als umgekehrt, nicht ihrerseits die Aufrüstung einstellt und endlich abgebaut hat? Wenn man aber behauptet, daß Deutschland durch seine Wiederaufrüstung die anderen Staaten bedrohe, dann war doch zumindest die Aufrüstung der anderen Staaten eine noch viel stärkere Bedrohung für das abgerüstete wehrlose Deutschland. Ich glaube daher hier nur an zwei Antworten. Entweder: Oder ein Entweder. Entweder gibt es Kriegsvorbereitungen eine Friedensbedrohung, dann sind sie dies bei allen Staaten. Oder sind sie keine Kriegsvorbereitung, dann sind sie es bei keinem. Es geht nicht an, daß eine Gruppe von Staaten ihre Haltung als einen Teilweg des Friedens, aber die Haltung der anderen als eine Rute des Zweifels hinstellt. Tank ist Tank und Bombe ist Bombe. Die Meinung, die Welt für ewige Zeit in verschiedenen berechnete Staaten einteilen zu können, wird immer nur einseitig anerkannt werden. Die deutsche Nation ist jedenfalls nicht gewillt, für alle Völker als eine vorläufige oder minder berechnete anerkennen und behandelt zu werden. (Wiederholte stürmische Beifall.)

Unsere Friedensliebe ist vielleicht größer, als die anderer Völker.

Es wird heute manchmal die Hoffnung ausgesprochen, Deutschland möge doch selbst mit einem konstruktiven Plan kommen. Nun, ich habe nicht einmal, sondern schon öfter solche Vorschläge unterbreitet. Hätte man meinen konstruktiven Plan einer 300 000-Mann-Armee angenommen, dann würde vielleicht heute manche Sorge geringer und manche Last leichter sein. (Beifall.)

denn wir haben am meisten unter diesem ungeliebten Krieg gelitten. Niemand von uns hat die Absicht, jenen, die uns bedrohen, allein jeder ist entschlossen, dem deutschen Volk die Gleichheit zu sichern und zu erhalten und diese Gleichheit ist aber auch die allererste Voraussetzung für jede praktische und kollektive Zusammenarbeit! Solange man in bezug auf sie irgendwelche Hintergedanken hat, kann man von vornherein die Verwirklichung einer tatsächlich erfolgreichen europäischen Zusammenarbeit als unmöglich bezeichnen.

Im Besitz unbedingt gleicher Rechte, wird Deutschland sich niemals weigern, seine Beteiligung an größeren Arbeiten auf sich zu nehmen, die dem Frieden, dem Fortschritt und dem wirtschaftlichen Wohlergehen zu dienen die Absicht haben. Ich glaube aber, an dieser Stelle, nicht zurückhalten zu dürfen

Soweit Deutschland in Frage kommt, habe ich gegenüber solchen Versuchen nur folgenden zu sagen: Wir werden an keiner Konferenz mehr teilnehmen, an deren Programm aufstellung wir nicht von vornherein mit beteiligt gewesen sind. Wir denken nicht daran, wenn 2 oder 3 Staaten ein Vertragsgericht zu erwählen, als Dritter dann die erste Kostprobe vorzunehmen. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir uns nicht die Freiheit vorbehalten, Beiträgen unsere Zustimmung und unsere Unterschrift nicht noch nachträglich zu geben, weil wir bei ihrer Abfassung, bzw. an den Konferenzen unbeteiligt waren. (Starker Beifall.)

Durchaus nicht! Es kann möglich sein, daß uns ein Vertrag, trotzdem wir an seiner Abfassung oder an der Konferenz, die ihn für eine Reihe von Staaten zum Beschluß erhob, nicht teilnahmen, dennoch in der endgültig zustande gekommenen Fixierung zugegen und auch nützlich erscheint. Wir werden dann nicht zögern, unter Umständen einem solchen Vertrag noch nachträglich unsere Zustimmung und unseren Anknüpfen, sofern dies überhaupt erwünscht oder möglich ist, zu geben. Allein diesen Fall zu bestimmen, muß sich die deutsche Reichsregierung selbst vorbehalten.

Ich muß aber noch einmal betonen, daß mir die Methode falsch zu sein scheint, für Konferenzen Programmwerke aufzustellen mit der Überfahrt: Alles oder nichts! Ich halte überhaupt einen solchen Grundplan im politischen Leben für unpraktisch. Ich glaube, daß man in der Beziehung Europas viel mehr erreicht haben würde, wenn man sich von Fall zu Fall mit dem Erreichbaren begnügt hätte. Es ist in den letzten Jahren kaum ein Vorschlag zur Diskussion gekommen, bei dem nicht der eine oder andere Punkt ohne weiteres allgemein angenommen worden wäre. Indem man aber eine unauflösbare Verbindung mit den anderen teils schwierigeren, teils für einzelne Staaten überhaupt unannehmbaren Punkten behauptete, ließ man lieber auch das Gute ungeschähen und das Gesamte scheitern. Ebenso scheint es mir bedenklich,

Die These der Unteilbarkeit des Friedens als Vorwand für Konstruktionen zu missbrauchen,

die weniger der kollektiven Sicherheit als vielmehr gewollt oder ungewollt der kollektiven Kriegsvorbereitung dienen. Der Weltkrieg sollte hier eine lärmende Warnung sein. Ich glaube nicht, daß Europa zum zweiten Male ohne die furchtbare Erschütterung eine ähnliche Katastrophe überdauern wird. Sie kann aber um so leichter eintreten, je mehr durch ein Netz internationaler Kreuz- und Querverpflichtungen die Möglichkeit einer Lokalisierung kleinerer Konflikte immer schwächer und die Gefahr eines Mitgerissenwerdens zahlreicher Staaten und Staatengruppen größer wird. Was Deutschland betrifft, möchte ich hier keinen Zweifel über folgendes offen lassen:

Deutschland hat Frankreich gegenüber freiwillig die nach der Saarabstimmung sich ergebenden Grenzen angenommen und garantiert. Deutschland hat mit Polen ohne Rücksicht auf das Bestehen eines Gewaltanschießungsvertrages abgeschlossen als einen weiteren, mehr als einen wertvollen Beitrag zum europäischen Frieden, den es nicht nur blind halten wird, sondern von dem wir nur den einen Wunsch haben, einer stets auf neue erfolgenden Verlängerung und einer sich durchsich immer mehr ergebenden freundschaftlichen Vertiefung unserer Beziehungen. Wir treten dies alles, trotzdem wir damit z. B. endgültig auf Eis-Verträgen Verzicht leisten, einem Land, um das auch wir zwei große Kriege führten. Wir treten es aber, um besonders dem eigenen deutschen

Volke mit einer Kritik an gewissen Methoden, die dem Geiste des Verfallenen Friedensbittens entstammend, verantwortlich sind für das Scheitern so mancher sicherlich gutgemeinter Bestrebungen.

Die Welt lebt heute im Zeitalter der Konferenzen. Wenn so viele dieser Konferenzen gänzlich erfolglos verlaufen, dann liegt

die Ursache für diese Enttäuschung

nicht selten schon in der Art der Programmaufstellung und Zielsetzung. Jemand ein Kabinett empfindet — wie alle anderen auch — die Notwendigkeit, etwas für den als bedroht gehaltenen Frieden Europas zu tun. Statt nun erst allen in Aussicht genommenen Beteiligten den allgemeinen Gedanken zu unterbreiten, mit dem Wunsche, die Auffassungen der einzelnen Staaten, bezw. ihrer Regierungen über die möglichen Mittel und Wege der Verhandlung und Lösung dieser Frage kennen zu lernen, wird zwischen zwei oder drei Kabinetten ein perfektes Programm aufgestellt. Dabei kann man sich manchmal nicht des Eindrucks erwehren, als ob bei der Fixierung des Inhalts der zu treffenden Beschlüsse der Wunsch als Vater des Gedankens eine Rolle spielt, durch eine Vermengung von Möglichkeiten und Unmöglichkeiten das sichere Scheitern auf Kosten der später Eingeladenen herbeizuführen. (Beifall.)

Volle für die Zukunft neue blutige Opfer zu ersparen. Wir sind der Überzeugung, daß wir damit nicht nur unserem Volk, sondern auch diesem Grenzgebiet am meisten nützen. Wir wollen von unserer Seite aus alles tun, um mit dem französischen Volk zu einem wahren Frieden und zu einer wirklichen Freundschaft zu kommen. Wir anerkennen den polnischen Staat als die Feinsäcke eines großen nationalen fühlenden Volkes, mit dem Verständnis und der herzlichsten Freundschaft aufrichtiger Nationalisten.

Wenn wir aber dem deutschen Volk ein weiteres Blutvergießen ersparen wollen, selbst dort, wo dies mit einem Opfer für uns verbunden ist, dann denken wir nicht daran, unser Blut wahllos für fremde Interessen zu verpfänden. Wir denken nicht daran, für jeden irgendwie möglichen, von uns weder bedingten noch zu beeinflussenden Konflikt unser deutsches Volk, seine Männer und Söhne vertraglich zu verkaufen! Der deutsche Soldat ist zu gut und wir haben unser Volk zu lieb, als daß wir es mit unserem Gefühl von Verantwortung vereinbaren könnten, uns in nicht abschbare Verstandesverpflichtungen festzulegen.

Wir glauben damit auch der Sache des Friedens besser zu dienen. Denn es kann das nötige Gefühl der Verantwortung jedes einzelnen Staates nur erhöhen, wenn er nicht von vornherein weiß, in seinem Konflikt große und mächtige militärische Verbündete zu besitzen. Endlich gibt es auch hier Dinge, die möglich sind und Dinge, die unmöglich sind. Ich möchte als Beispiel in aller Kürze auf den uns vorgeschlagenen

Offpakt

eingehen. Wir haben in ihm eine Verstandesverpflichtung vorgefunden, die nach unserer Überzeugung zu überhaupt nicht abzusehenden Konsequenzen führen kann. Das Deutsche Reich und insbesondere die heutige deutsche Regierung haben keinen

in diametralem Gegensatz zu der Sowjetrußlands

Der Nationalsozialismus ist eine Lehre, die sich ausschließlich auf das deutsche Volk bezieht. Der Bolschewismus betont seine internationale Mission.

Wir Nationalsozialisten glauben, daß der Mensch auf die Dauer nur glücklich werden kann in seinem Volk. Wir leben in der Überzeugung, daß das Glück und die Leistungen Europas unentrennlich verbunden sein werden mit dem Bestand eines Systems unabhängiger freier nationaler Staaten. Der Bolschewismus predigt die Aufrichtung eines Weltregimes und kann nur Sektionen einer zentralen Internationale.

Wir Nationalsozialisten erkennen jedem Volk die Berechtigung seines eigenen inneren Lebens nach seinen eigenen Grundsätzen und seiner eigenen Wissenschaft. Der Bolschewismus stellt dagegen doktrinaire Theorien auf, die von allen Völkern ohne Rücksicht auf ihr besonderes Wesen, ihre besondere Veranlagung, ihre Traditionen usw. akzeptiert werden sollen.

Der Nationalsozialismus tritt für die Lösung der gesellschaftlichen Probleme Fragen und Spannungen in der eigenen Nation mit Methoden ein, die mit unseren allgemeinen menschlichen, geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Auffassungen, Traditionen und Bedingungen vereinbar sind. Der Bolschewismus predigt den internationalen Klassenkampf, die internationale Welt-

Denn, indem zwei oder drei Staaten sich auf ein so bis ins Detail hin festgelegtes Programm einigen, wird dem nachträglich Eingeladenen nur mehr die Kenntnis des aufgestellten Programms vermittelt mit dem Bemerkten, daß dieses Programm ein unteilbares Ganzes sei und entweder allgemein und ganz angenommen würde, oder im gesamten als abgelehnt betrachtet werden müsse. Da sich in einem solchen Programm naturgemäß auch sehr gute Gedanken finden können, trägt der Staat, der nicht dem gesamten Entwurf die Zustimmung erteilt, damit die Verantwortung für das Scheitern auch der nützlichen Teile. Dieses Verfahren erinnert sehr stark an die Praxis gewisser Flunzener, die gute und schlechte Pläne grundtätig nur gemeinsam abgeben. Dies ist aber nur verständlich als eine letzte atomistische Erscheinung, die ihre Wurzel im Vorbild der sogenannten Verfallenen Friedensverhandlungen besitzt.

Man stelle ein Programm auf, übernehme es als Diktat einem Dritten und erkläre das Ganze dann als einen freilich unterzeichneten Vertrag. Nach diesem Rezept wurde damals verfuhr das größte Krieger der Weltgeschichte zu dem von den Völkern so sehr erwünschten legierenden Ende zu bringen. Die Folgen dieses Verfahrens waren allerdings mehr als traurig und was nicht nur für die Unterlegenen, sondern auch für die Sieger.

anderen Wunsch, als um allen Nachbarstaaten friedlich und freundschaftlich zu verkehren. Wir haben diese Gewähr nicht nur gegenüber den uns umgebenden großen, sondern auch gegenüber den uns umgebenden kleinen Staaten. Ja, wir leben gerade in deren Existenz, sofern sie eine wirklich unabhängige ist, einen wünschenswerten friedlichen, neutralen Faktor an unseren an sich im übrigen militärisch so offenen und ungeschützten Grenzen.

So sehr wir selbst den Frieden lieben, so wenig aber liegt es in unserer Hand, daß nicht und gerade im Osten, zwischen irgendwelchen Staaten Konflikte ausbrechen vermögen. An sich ist die Feststellung des Schuldigen in einem solchen Falle unendlich schwer. Eine von göttlicher Einsicht begnadete Stelle, die hier die ewige Wahrheit zu finden und auszusprechen vermöchte, gibt es auf dieser Welt nicht. So wie es einmal die Aristokratie über die Völker rief, beginnt der Mensch alle Mittel zu heiligen. Bei den Menschen liegt die Erkenntnis über das Recht und die Schuld dann immer in der Dunkelheit.

Mehr als 20 Jahre sind seit Beginn des Weltkrieges vergangen und jede Nation lebt in der heiligen Überzeugung, daß das Recht auf ihrer Seite und die Schuld bei den Gegnern lag. Ich fürchte, daß bei Beginn eines solchen Konfliktes durch die Bestandungsverpflichtungen weniger der Weg zur Erkenntnis des Angreifers als vielmehr zur Unterfütterung des den eigenen Interessen nützlichen Staates führen werden. Es würde vielleicht der Sache des Friedens dienlicher sein, wenn im Falle des Ausbruchs des Konfliktes sich sofort die Welt von beiden Seiten verständigt, als ihre Völker schon von vornherein vertraglich in den Streit hineinzuziehen zu lassen. Allein von diesen grundsätzlichen Erwägungen abgesehen, liegt hier noch ein besonderer Fall vor. Das heutige Deutschland ist ein nationalsozialistischer Staat. Die Ideenwelt, die uns beherrscht, sieht

revolution mit den Waffen des Terrors und der Gewalt.

Der Nationalsozialismus kämpft für die Hebung und konsequente Ausgestaltung der Lebensverhältnisse und für die Zusammenfassung aller zu gemeinsamen Leistungen. Der Bolschewismus lehrt die Hebung einer behaupteten Klassenherrschaft durch die Diktatur der Gewalt einer anderen Klasse. Der Nationalsozialismus legt seinen Wert auf eine nur theoretische Herrschaft der Arbeiterklasse, dafür aber um so mehr auf die praktische Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und Lebenshaltung. Der Bolschewismus kämpft für eine Theorie und opfert dafür Millionen an Menschen, unermessliche Werte traditioneller Kultur und Heberleistungen und erreicht mit uns verglichen, einen nur sehr niedrigen Standard der Lebenshaltung aller.

Als Nationalsozialisten erfüllen wir die Bewunderung und Achtung vor den größten Leistungen der Vergangenheit nicht nur in unserem eigenen Volk, sondern auch noch weit darüber hinaus. Wir sind gläubig, einer europäischen Kulturgemeinschaft anzugehören, die der heutigen Welt in so großem Ausmaß den Stempel ihres Geistes aufgedrückt hat. Der Bolschewismus lehnt diese kulturelle Leistung der Menschheit ab und behauptet, den Beginn der weltlichen Kultur- und Menschheitsgeschichte im

Geburtsjahr des Marxismus gefunden zu haben.

Die Nationalsozialisten müssen vielmehr in dieser oder jener organisatorischen Frage mit unseren kirchlichen Organisationen nicht der gleichen Ansicht sein. Allein wir wollen niemals Religions- und Glaubenslosigkeit und Wollstücken nicht, das aus unseren Kirchen Klubbauer oder Klubbys werden. Der Bolschewismus lehrt die Gottlosigkeit und handelt dementsprechend. Wir Nationalsozialisten leben im privaten Eigentum eine höhere Stufe der menschlichen Wirtschaftsentwicklung, die entsprechend den Unterschieden der Leistung die Verteilung des Geisteslebens regelt, die insgeheim aber für alle den Vortritt eines höheren Lebensstandards ermöglicht und garantiert.

Der Bolschewismus vernichtet nicht nur das Privateigentum, sondern auch die private Initiative und die Verantwortungslosigkeit. Er hat dadurch in Russland, dem größten Apatarstaat der Welt, Millionen Menschen nicht vor dem Verhungern retten können. Eine solche Katastrophe auf Deutschland übertragen, wäre unaufersehbar, denn endlich kommen in Russland auf 90 Völkerverwahrer nur 10 Stadter, in Deutschland aber auf nur 25 Bauern 75 Stadterwahrer!

Man könnte dies alles bis ins Endlose fortsetzen. Sowohl wir Nationalsozialisten als auch die Bolschewisten sind überzeugt, daß zwischen uns eine niemals zu überbrückende Weltentfernung liegt. Aber darüber hinaus stehen zwischen uns mehr als 400 ermordete nationalsozialistische Parteigenossen, Tausende weitere Nationalsozialisten, die in anderen Verbänden in Abwehr bolschewistischer Revolten gefallen sind, Tausende von Soldaten und Volkseimannschaften, die im Kampf zum Schutze des Reiches und der Länder gegen die ewigen kommunistischen Kustände erschossen und martiert worden sind, und dann allein über 43 000 Verletzte der RSDAP. Tausende von ihnen sind teils erblindet, teils Krüppel für die ganze Zeit ihres Lebens.

Soweit es sich beim Bolschewismus um eine russische Angelegenheit handelt, sind wir an ihm gänzlich uninteressiert. Jedes Volk soll nach seiner Fassung selbst regieren. Soweit dieser Bolschewismus aber auch Deutschland in seinen Damm zieht, sind wir seine Ingrimmtisten und seine fanatischsten Feinde. (Beifall.)

Tatsache ist, daß der Bolschewismus sich selbst als weltrevolutionäre Idee fühlt und auch ausgibt.

Ich habe hier nur eine Auslese der revolutionären Vorgänge der letzten 15 Jahre, mit denen die bolschewistische Presse, die bolschewistische Literatur und prominente bolschewistische Staatsmänner und Redner ihre Verbundenheit ganz offen gegeben, ja sich ihrer rühmen, gegeben.

Ich habe aus der letzten Rede des englischen Lordseigners, wenn ich nicht irre, die Auffassung herausgelesen, daß solche und insbesondere aggressive militärische Tendenzen der Sowjetunion gänzlich fern liegen. Niemand würde glücklicher sein als wir, wenn sich diese Auffassung in der Zukunft bewahrheiten sollte. Die Vergangenheit spricht jedenfalls dagegen. Wenn ich mir annehme, meine Auffassung diesem Urteil entgegenzusetzen, dann kann ich immerhin darauf hinweisen, daß der Erfolg meines eigenen Lebenskampfes nicht gerade ausschließlich einer bei mir zufällig ganz besonders hart angehaften Unfähigkeit zu verdanken ist.

Ich glaube, ich verstehe davon einiges. Ich habe in Deutschland meine Tätigkeit etwa in derselben Zeit begonnen, in der der Bolschewismus seine ersten Erfolge, das heißt den ersten Bürgerkrieg in Deutschland feierte. Als nach 15 Jahren der Bolschewismus in unserem Lande sechs Millionen Anhänger zählte, war ich auf 13 Millionen gestiegen. Im Entscheidungskampf ist er unterlegen. Der Nationalsozialismus hat Deutschland und damit vielmehr ganz Europa vor der schrecklichsten Katastrophe aller Zeiten bewahrt. Würden die westeuropäischen Beurteiler dieser Idee über dieselben praktischen Erfahrungen verfügen, wie ich sie habe, dann glaube ich, würde man vielleicht auch dort zu wesentlich anderen Auffassungen gelangen. Würde aber mein Kampf in Deutschland misslingen sein und der bolschewistische Aufbruch das Reich zunächst überwältigt haben, dann weiß ich, würde das Verständnis für die Größe unserer geschichtlichen Leistung sicher nicht bestanden werden. So kann ich nur als vielleicht von der übrigen Welt verachteter Wagnere auftreten. Soweit es jedenfalls aber um Deutschland handelt, muß ich meinem Gewissen und meiner Verantwortung gemäß folgendes feststellen:

Die deutschen kommunistischen Kustände und Revolutionen hätten ohne die Leistungen und materielle Vorbereitung durch den Bolschewismus gar nicht stattfinden können. Ihre hervorragendsten Führer wurden für ihre revolutionären Handlungen in Deutschland nicht nur in Russland geschult und finanziert, sondern auch gefeiert und mit Orden ausgezeichnet, ja sogar zu Inhabern russischer Truppenteile ernannt. Dies sind Tatsachen.

Deutschland hat bei keinem europäischen Kriege etwas zu gewinnen.

Was wir wollen, ist Freiheit und Anhängigkeit

Aus diesen Absichten heraus waren wir auch bereit, mit allen unseren Nachbarstaaten Richtungsgriffspalte abzuschließen.

Litauens Vergewaltigung der Memel-Deutschen

Wenn wir davon Litauen ausnehmen, so geschieht dies nicht deshalb, weil wir dort einen Krieg wünschen, sondern weil wir nicht mit einem Staat politische Verträge eingehen können, der die primitivsten Gesetze des menschlichen Zusammenlebens mißachtet. Es ist kaum genug, daß durch die zerstörte Lagerung der europäischen Völker sich in manchen Fällen eine praktische Grenzziehung in den den Nationalitäten entsprechenden Nationalgrenzen nur schwer verwirklichen läßt. Oder daß durch gewisse Verträge auf nationale Zusammengehörigkeit bewahrt keine Rücksicht genommen wurde. Es ist dann aber erst recht nicht notwendig, daß man Menschen, die ohnehin schon von dem Unglück betroffen sind, von ihrem angestammten Volke weggerissen zu sein, außerdem noch quält und mißhandelt. (Stürmische Zustimmung.)

In einer großen internationalen Zeitung las ich vor wenigen Wochen die Bemerkung, daß Deutschland doch leicht auf das Memelgebiet Verzicht leisten könne, es sei ohnehin schon groß genug. Diese edle, menschenfreundliche Steibenz vergibt nur eines, daß 140 000 Menschen endlich ja auch ein eigenes Lebensrecht besitzen, daß es sich gar nicht darum handelt, ob Deutschland sie will oder nicht will, sondern darum, ob sie selbst Deutsche oder keine Deutsche sein möchten. Sie sind Deutsche. Man hat sie durch einen nachträglich sanktionierten Ueberfall, der mitten im Frieden stattfand, vom Reiche weggerissen. Und zur Strafe dafür, daß sie nun dennoch an deutschem Volkstum hängen, werden sie verfolgt, gefoltert und auf das

barbarischste mißhandelt. (Zosende Kundgebungen.)

Was würde man wohl in England oder Frankreich sagen, wenn ein solch trauriges Schicksal dieser Nation zustoßen würde? Wenn das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Volke durch Menschen, die man gegen jedes Recht und Naturrempfinden von einem solchen Volke weggerissen hat, als strafwürdiges Verbrechen gilt, dann heißt dies, daß man Menschen selbst das Recht bestrittet, das jedem Tier noch zugebilligt wird: Das Recht der Anhängigkeit an den alten Herrn und die alle angeborne Gemeinschaft. Ueber 140 000 Deutsche in Litauen werden sogar unter diese Rechte gestellt. Wir haben daher keine Möglichkeit, solange es den verantwortlichen Garantien des Memelstatus interseits nicht möglich ist, Litauen zum Respekt der primitivsten Menschenrechte zurückzuführen, unseinerseits mit diesem Staat irgendeinen Vertrag abzuschließen. (Beifall.)

Mit dieser Ausnahme aber — die jederzeit von den dafür verantwortlichen Großmächten behoben werden kann — sind wir bereit, jedem angrenzenden europäischen Staat durch einen Richtungsgriff- und Gewaltauschließungsvertrag jenes Gefühl der Sicherheit zu erhöhen, das ja auch uns als Gegenseite zugute kommt. Wir haben aber nicht die Möglichkeit, solche Verträge durch Bestandsverpflichtungen zu ergänzen, die weltanschaulich, politisch und sachlich für uns untragbar sind. Der Nationalsozialismus kann nicht die Angehörigen des deutschen Volkes, d. h. seine Anhänger, zum Kampf aufrufen für die Erhaltung eines Systems, das in unserem eigenen Staat zumindest als unser grimmigster Feind in Erscheinung tritt. (Zustimmung.)

Die Verpflichtung zum Frieden, ja!

Eine Kampfhilfe des Bolschewismus wünschen wir selbst nicht, und wären auch nicht in der Lage, sie zu geben. Im übrigen leben wir in dem Abbruch der uns bekannt gewordenen Bestandsverpflichtungen, die sich in nicht mehr unterscheidet von der Bildung der früheren militärischen Allianzen. Wir bedauern dies besonders deshalb, weil durch das zwischen Frankreich und Russland abgeschlossene Militärbündnis ohne Zweifel in den einig klaren und wirklich wertvollen gegenseitigen Sicherheitsvertrag in Europa, nämlich den Locarno-Pakt, ein Element der Rechtsunsicherheit hineingetragen wird.

Die wohl aus ähnlichen Besürchtungen heraus in letzter Zeit von verschiedenen Seiten vorgebrachten Interpellationen über die insofern dieses neuen Bündnisses abgegebene Rechtsverpflichtungen beweisen sowohl durch die Fragestellungen als auch durch die Beantwortung, wie groß die Zahl der dadurch ermöglichten Fälle ist, die jedenfalls zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben können.

Die deutsche Reichsregierung wird besonders dankbar sein, eine authentische Interpretation der Absichtungen und Ausweitungen des russisch-französischen Militärbündnisses auf die Vertragspflichten der einzelnen Vertragspartner des Locarno-Paktes

zu erhalten. Sie möchte auch keine Zweifel über ihre eigenen Auffassungen aufkommen lassen, daß sie diese Militärbündnisse als unvereinbar mit dem Geist und dem Buchstaben des Völkerbündnisses hält.

Nicht weniger unendlich als die Uebernahme unbegrenzter Bestandsverpflichtungen erscheint uns die Unterzeichnung von Richtungsgriffspalten, solange dieser Begriff nicht eine genaueste Definition erfährt. Denn an sich hätten wir Deutsche den allermeisten Grund, uns zu freuen, wenn endlich ein Weg oder eine Methode gefunden werden könnte, um die Einflusnahme auf das innerepolitische Leben der Völker durch Kräfte von außen zu unterbinden und zu verhindern.

Seit Beendigung des Weltkrieges ist ja Deutschland ein Opfer solcher fortgesetzter Störungen.

Unsere kommunistische Partei war die Section einer im Ausland amnestierten und von dort dirigierten politischen Bewegung. Alle Kustände in Deutschland erhielten von außen ihre geistige Führung und materielle Förderung. Das ist übrigens der anderen Welt ganz genau bekannt, hat sie aber nie sonderlich aufgeregt. Eine Armee von Emigranten ist im Ausland gegen Deutschland tätig. In Prag, Paris und anderen Städten werden fortgesetzt revolutionäre deutsche Pri-

lungen gedruckt und nach Deutschland geschmuggelt. Seltene Antritte zu Gewalttaten finden nicht nur in diesen Organen, sondern auch in sonstigen großen Mätern bereitwillige Aufnahme.

Sogar „Schwarze Sender“ fordern von dort aus in Deutschland zu Attentaten auf. Wieder andere Sender machen in deutscher Sprache Propaganda für in Deutschland verbotene Terrororganisationen. Gerichtshöfe werden im Ausland in voller Offenheit gebildet und verurteilt, von außen her in die deutsche Rechtspflege einzugreifen usw. usw.

So sehr wir also selbst interessiert sind, solche Veruche und Methoden zu beseitigen, so groß scheint uns die Gefahr zu sein, daß bei einer nicht ganz genauen Definition solcher Vorgänge ein Regime, das im Innern eines Staates aber keine andere Rechtsgrundlage als die der Gewalt verfügt, jede innere Erhebung sofort als auf äußeren Einflus zurückzuführende Einmischung unzulässig verurteilt und nun zu einer Selbstzerhaltung die vertragliche Waffenhilfe fordert. Daß in Europa die möglichen Grenzen nicht die Ideengrenzen sind und sein können, kann schwerlich bestritten werden.

Seit der Einführung des Christentums haben sich in ununterbrochener Folge bestimmte Ideen in der europäischen Völkervereinigung und nationaler Grenzen hinweg Brücken geschlagen und verbindende Elemente geschaffen. Wenn zum Beispiel ein ausländisches Kabinettmitglied bedauert, daß im heutigen Deutschland bestimmte, im Westen Europas gültige Feststellungen zur Zeit nicht mehr anerkannt werden, so möchte es eigentlich um so verständlicher sein, wenn umgekehrt deutsche Gedanken des Reiches an dem einen oder anderen deutschen Land nicht spurlos vorbeiziehen können.

Die Beziehungen zu Oesterreich

Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren Oesterreichischen Verhältnisse einzumengen. Oesterreich etwa zu annektieren oder anzuschließen. Das deutsche Volk und die deutsche Regierung haben aber aus dem einfachen Solidaritätsgefühl gemeinsamer nationaler Herkunft den begrifflichen Wunsch, daß nicht nur fremden Völkern, sondern auch dem deutschen Volke überall das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet wird.

Ich selbst glaube, daß auf die Dauer kein Regime, das nicht im Volke verankert, vom Volke getragen und vom Volke gewünscht wird, Bestand haben kann. Wenn zwischen Deutschland und der zu einem großen Prozent auch deutschen Schwitz solche Schwierigkeiten nicht bestehen, dann einloch deshalb, weil die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Schweiz eine tatsächliche ist und weil niemand zweifelt, in ihrer Regierung den wirklichen legalen Ausdruck des Volkswillens zu sehen.

Die deutsche Regierung bedauert die durch den Konflikt mit Oesterreich bedingte Spannung um so mehr, als dadurch eine Störung unseres früher so guten Verhältnisses zu Italien eingetreten ist, einem Staat, mit dem wir sonst keinerlei Interessengegenstände besitzen.

Wenn ich von diesen allgemeinen Betrachtungen nun übergehe zu einer präzisieren Fixierung der vorliegenden aktuellen Probleme, so komme ich zu folgender Stellungnahme der deutschen Reichsregierung:

Die 13 Punkte der deutschen Außenpolitik

1. Die deutsche Reichsregierung lehnt die am 17. März erfolgte Genfer Entscheidung ab. Nicht Deutschland hat den Vertrag von Versailles einseitig gebrochen, sondern das Diktat von Versailles wurde in den bekannten Punkten einseitig berechtigt und damit außer Kraft gesetzt durch jene Mächte, die sich nicht entschließen konnten, der von Deutschland verlangten Abklärung die vertraglich vorgesehene eigene Folgen zu lassen. Die durch diesen Beschluß in Genf Deutschland zugefügte neue Diskriminierung machte es der deutschen Reichsregierung unmöglich, in diese Institution zurückzukehren, ehe nicht die Voraussetzungen für eine wirklich gleiche Rechtslage aller Teilnehmer geschaffen ist. (Zosender Beifall.)

Zu dem Zweck erachtet es die deutsche Reichsregierung als notwendig, zwischen dem Vertrag von Versailles, der aufgebaut ist auf der Unterzeichnung der Nationalen in Sieger und Besiegte, und dem Völkerverbund, der aufgebaut sein muß auf der Gleichberechtigung und Gleichberechtigung aller Mitglieder, eine klare Trennung herbeizuführen. Diese Gleichberechtigung muß sich auf alle Funktionen und alle Befugnisse im internationalen Leben erstrecken.

2. Die deutsche Reichsregierung hat infolge der Nichterfüllung der Abklärungsverpflichtungen durch die anderen Staaten sich ihrerseits losgelöst von den Artikeln, die infolge der nunmehr einseitigen Vertragswidrigen Belastung Deutschlands eine Diskriminie-

rung der deutschen Nation für unbegrenzte Zeit darstellten. Sie erklärt aber hiermit feierlich, daß sich diese ihre Maßnahme ausschließlich auf die moralische und sachliche das deutsche Volk diskriminierenden und belastenden Punkte bezieht. Sie ist demgegenüber selbst überzeugt, daß die das sonstige Zusammenleben der Nationen betreffenden Bestimmungen von keiner Macht einseitig zu lösen sind und in diesem Sinne von Deutschland unbedingt respektiert werden.

3. Die deutsche Reichsregierung hat die Absicht, keinen Vertrag zu unterzeichnen, der ihr unerfüllbar erscheint. Sie wird aber jeden freiwillig unterzeichneten Vertrag, auch wenn die Abfassung vor ihrem Regierungs- und Machtantritt stattfand, peinlich einhalten. Sie wird insbesondere daher alle aus dem Locarno-Pakt sich ergebenden Verpflichtungen so lange halten und erfüllen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind, zu diesem Pakt zu stehen.

Die deutsche Reichsregierung sieht in der Respektierung der entmilitarisierten Zone einen für einen souveränen Staat unerhöht schweren Beitrag zur Beruhigung Europas. Sie glaubt aber darauf hinweisen zu müssen, daß die fortgesetzten Truppenvermehrungen auf der anderen Seite keineswegs als eine Ergänzung dieser Bestrebungen anzusehen sind.

4. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, sich an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des europäischen Friedens zu beteiligen, hält es aber

dann für notwendig, dem Geleh der ewigen Weiterentwicklung durch die Offenhaltung vertraglicher Revisionen entgegenzukommen.

5. Sie sieht in der Grundlegung einer geordneten Vertragentwicklung ein Element der Friedenssicherung, in dem Abstreifen jeder notwendigen Wandlung eine Anbahnung für spätere Explosionen.

6. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß der Renaubau einer europäischen Zusammenarbeit sich nicht in der Form einseitig aufzotrozierter Bedingungen vollziehen kann. Sie glaubt, daß es richtig ist, sich angesichts der nicht immer gleich gelagerten Interessen stets mit einem Minimum zu begnügen. Hat diese Zusammenarbeit infolge eines unerfüllbaren Maximums an Forderungen scheitern zu lassen. Sie ist weiter der Ueberzeugung, daß sich diese Verständigung mit einem großen Ziel im Auge nur schrittweise vollziehen kann.

7. Die deutsche Reichsregierung ist grundsätzlich bereit, Richtungsgriffspalte mit ihren einzelnen Nachbarstaaten abzuschließen und diese durch alle Bestimmungen zu ergänzen, die auf eine Isolierung der Kriegführenden und eine Lokalisierung des Krieges abzielen. Sie ist insbesondere bereit zur Uebernahme aller Verpflichtungen, die sich daraus für die Lieferung von Materialien und Waffen im Frieden oder Krieg ergeben müssen und von allen Partnern übernommen und respektiert werden.

8. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, zur Ergänzung des Locarno-Paktes einem

Zustimmung zu zustimmen und in seine Erörterung einzutreten.

8. Die deutsche Reichsregierung hat das Ausmaß des Aufbaues der neuen deutschen Wehrmacht bekannt gegeben. Sie wird davon unter keinen Umständen abgehen. Sie sieht weder zu Lande, noch zur Luft, noch zur See in der Erfüllung ihrer Programme irgendeine Bedrohung einer anderen Nation. Sie ist aber jederzeit bereit, in ihrer Waffenausrüstung jene Begrenzungen vorzunehmen, die von den anderen Staaten ebenfalls übernommen werden. Die deutsche Reichsregierung hat von sich aus bereits bestimmte Begrenzungen ihrer Absichten mitgeteilt. Sie hat damit am besten ihren guten Willen gekennzeichnet, ein unbegrenztes Wettrennen zu vermeiden. Ihre Begrenzung der deutschen Aufrüstung auf den Stand einer Parität mit den einzelnen anderen westlichen großen Nationen ermöglicht jederzeit die Fixierung einer oberen Zahl, die dann miteinander sich Deutschland verpflichten wird.

Die Begrenzung der deutschen Marine

liegt mit 35 Prozent der englischen mit noch 15 Prozent unter dem Gesamttonnage der französischen Flotte. Da in den verschiedenen Pressekommentaren die Meinung verbreitet wurde, daß diese Forderung nur ein Beginn sei und sich insbesondere mit dem Besitz von Kolonien erhöhen würde, erklärt die deutsche Regierung verbindend:

Diese Forderung ist für Deutschland eine endgültige und bleibende. Deutschland hat weder die Absicht noch die Notwendigkeit oder das Vermögen, in irgend eine neue Flottenrivalität einzutreten. Die deutsche Reichsregierung erkennt von sich aus die übertragende Lebenswichtigkeit und damit die Berechtigung eines dominierenden Schutzes des brüderlichen Weltreiches zur See an, genau so wie wir umgekehrt entschlossen sind, alles Notwendige zum Schutze unserer eigenen kontinentalen Existenz und Freiheit zu tun.

Die deutsche Regierung hat die aufrichtige Absicht, alles zu tun, um zum britischen Volk und Staat ein Verhältnis zu finden und zu erhalten, das eine Wiederholung des bisher einzigen Kampfes zwischen beiden Nationen für immer verhindert wird.

9. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, sich an allen Bestrebungen aktiv zu beteiligen, die zu praktischen Begrenzungen unerlöster Rüstungen führen können. Sie sieht in A. den einzig möglichen Weg hierzu in einer Rückkehr zu den Gedankenängeden der einstigen Genfer Konvention des Roten Kreuzes. Sie glaubt zunächst nur an die Möglichkeit einer schrittweisen Abschaffung und Verfeinerung von Kampfmitteln und Kampfmethoden, die ihrem innersten Wesen nach im Widerspruch stehen zur bereits geltenden Genfer Konvention des Roten Kreuzes. Sie glaubt dabei, daß ebenso wie die Anwendung von Dum-Dum-Geschossen einst verboten und im großen auch damit praktisch verhindert wurde.

auch die Anwendung anderer bestimmter Waffen zu verbieten und damit auch praktisch zu verhindern ist.

Sie versteht darunter alle jenen Kampfwaffen, die in erster Linie weniger den kämpfenden Soldaten als vielmehr den am Kampf selbst unbeteiligten Frauen und Kindern Tod und Verletzung bringen.

Die deutsche Reichsregierung hält den Gedanken, Flugzeuge abzuschießen, aber das Bombardement offen zu lassen, für irrig und unvollständig. Sie hält es aber für möglich, die Anwendung bestimmter Waffen international als völkerrechtswidrig zu verbieten und die Nationen, die sich solcher Waffen dennoch bedienen als außerhalb der Menschheit und ihrer Rechte und Gesetze stehend zu verurteilen.

Sie glaubt auch hier, daß ein schrittweises Vorgehen am besten zum Erfolge führen kann. Also: Verbot des Abwerfens von Gas-, Brand- und Sprengbomben außerhalb einer wirklichen Kampfszene. Diese Beschränkung kann bis zur vollständigen internationalen Verurteilung des Bombenabwurfs überhaupt vertagt werden. Solange aber der Bombenabwurf als solcher freibleibt, ist jede Begrenzung der Zahl der Bombenflugzeuge angesichts der Möglichkeit des schnellen Ersatzes fragwürdig.

Wird der Bombenabwurf aber als solcher als völkerrechtswidrige Barbarei gebrandmarkt, so wird

der Bau von Bombenflugzeugen damit bald als überflüssig und zwecklos

von selbst sein Ende finden. Wenn es einst gelang, durch die Genfer Rote-Kreuz-Konvention die an sich mögliche Tötung des wehrlos gewordenen Verwundeten oder Gefangenen allmählich zu verhindern, dann muß es genau so möglich sein, durch eine analoge Konvention den Bombenkrieg gegen die ebenfalls wehrlose Zivilbevölkerung zu verbieten und endlich überhaupt zur Einstellung zu bringen.

Deutschland sieht in einer solchen grundsätzlichen Fassung dieses Problems eine größere Beruhigung und Sicherheit der Völker als in allen Verbandspakt und Militärkonventionen.

Das neue Wehrgesetz

Berlin, 21. Mai.

Vor der Reichstags-Sitzung fand eine Ministerbesprechung unter dem Vorsitz des Führers und Reichskanzler statt, in der das vom Reichswehrminister eingebrachte Wehrgesetz beraten und beschlossen wurde. Ferner wurde ein Gesetz über Änderung des Reichsminister-Gesetzes angenommen, wonach allgemein alle Soldaten Minister werden können. Bei einem zum Reichsminister ernannten Soldaten ruht der Anspruch auf sein Dienstverhältnis. Am Schluß der Sitzung dankte der Führer und Reichskanzler in herzlichsten Worten dem Reichskriegsminister v. Blomberg für die große bei der Wiederherstellung der Wehrfreiheit des deutschen Volkes geleistete Arbeit.

Die wichtigsten Bestimmungen des Wehrgesetzes

Das von der Reichsregierung beschlossene und veränderte Wehrgesetz umfaßt 33 Paragraphen, die in fünf Abschnitte aufgeteilt sind. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende, die wir im Wortlaut wiedergeben:

Abschnitt 1: Allgemeines.

§ 1. 1. Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volke. 2. Jeder deutsche Mann ist wehrpflichtig. 3. Im Kriege ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet.

§ 2. Die Wehrmacht ist der Waffentragende und die soldatische Erziehungsschule des deutschen Volkes. Sie besteht aus dem Heere, der Kriegsmarine, der Luftwaffe.

§ 3. 1. Oberster Befehlshaber der Wehrmacht ist der Führer und Reichskanzler. 2. Unter ihm sibt der Reichskriegsminister als Oberbefehlshaber der Wehrmacht Befehlsgewalt über die Wehrmacht aus.

Abschnitt 2: Die Wehrpflicht.

§ 4. Die Dauer der Wehrpflicht: Die Wehrpflicht dauert vom vollendeten 18. Lebensjahre bis zu dem auf die Vollendung des 45. Lebensjahres folgenden 31. März.

§ 5. Pflichten im Kriege. 1. Alle Wehrpflichtigen haben sich im Falle einer Mobilmachung zur Verfügung der Wehrmacht zu halten. Der Reichskriegsminister entscheidet über ihre Verwendung. 2. Die Befehle der Wehrmacht gehen im Kriege allen anderen vor.

§ 6. Erweiterung der Wehrpflicht. Im Kriege und bei besonderen Notständen ist der Reichskriegsminister ermächtigt, den Kreis der für die Erfüllung der Wehrpflicht in Betracht kommenden deutschen Männer zu erweitern.

Es folgen nun diejenigen Bestimmungen, die technische Einzelheiten regeln. Wir geben sie im Auszug wieder:

§ 7. Wehrdienst befaßt: Die Wehrpflicht wird durch den Wehrdienst erfüllt. Der Wehrdienst umfaßt: a) den aktiven Wehrdienst (hier sind die einzelnen Kategorien aufgeführt), b) den Wehrdienst im Beurlobenstande.

10. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, jeder Beschränkung zuzustimmen, die zu einer Befreiung der gerade für den Angriff besonders geeigneten schwersten Waffen führt.

Diese Waffen umfassen 1. schwere Artillerie und 2. schwerste Tanks. Angesichts der ungeheuren Befestigungen der französischen Grenze würde eine solche internationale Befreiung der schwersten Angriffswaffen Frankreich automatisch in den Besitz einer geradezu hundertprozentigen Sicherheit bringen.

11. Deutschland erklärt sich bereit, jeder Begrenzung der Kaliberstärken der Artillerie, der Schiffschiffe, Kreuzer und Torpedoboote zuzustimmen. Desgleichen ist die deutsche Reichsregierung bereit, jede internationale Begrenzung der Kriegsschiffgrößen zu akzeptieren und endlich ist die deutsche Reichsregierung bereit, der Begrenzung des Tonnagehaltes der U-Boote oder auch ihrer vollkommene Befreiung für den Fall einer internationalen gleichen Regelung zuzustimmen.

Darüber hinaus aber gibt sie abermals die Versicherung ab, daß sie sich überhaupt jeder internationalen und im gleichen Zeitraum wirksam werdenden Waffenbegrenzung oder Waffenbefreiung anschließt.

12. Die deutsche Reichsregierung ist der Auffassung, daß alle Versuche, durch internationale oder mehrstaatliche Vereinbarungen eine wirksame Milderung gewisser Spannungen zwischen einzelnen Staaten zu erreichen, vergeblich sein müssen, solange nicht durch geeignete Maßnahmen einer Vergütung der öffentlichen Meinung der Völker durch unverantwortliche Elemente in Wort und Schrift, Film und Theater erfolgreich vorgebeugt wird.

13. Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, eine internationale Vereinbarung zuzustimmen, die in einer wirksamen Weise alle Versuche einer Einmischung von außen in andere

Im Beurlobenstande stehen die Angehörigen: 1. der Reserve, 2. der Ersatzreserve, 3. der Landwehr.

Die nach § 6 einberufenen Jahrgänge im Alter von über 45 Lebensjahren bilden den Landsturm.

§ 8. Aktive Dienstpflicht. 1. Der Führer und Reichskanzler legt die Dauer der aktiven Dienstpflicht für die Wehrpflichtigen fest. 2. Die Wehrpflichtigen werden in der Regel im dem Kalenderjahr, in dem sie das 20. Lebensjahr vollenden, zur Erfüllung der aktiven Dienstpflicht einberufen. Freiwilliger Eintritt in die Wehrmacht ist schon früher möglich. 3. Die Erfüllung der Arbeitsdienstpflicht ist eine Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst. Ausnahmen werden durch Sonderbestimmungen geregelt. 4. Bei Freiheitsstrafen von mehr als 30 Tagen Dauer haben die Wehrpflichtigen die entsprechende Zeit nachzudienen, falls sie nicht nach § 23 aus dem aktiven Wehrdienst ausscheiden müssen.

§ 12 regelt das Ersatzwesen. II. a. wird gesagt: In der entmilitarisierten Zone werden die Wehrpflichtigen durch die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung ersetzt.

§ 13 behandelt die Wehrwürdigkeit. Wehrwürdig ist u. a. auch, wer wegen staatsfeindlicher Betätigung gerichtlich bestraft ist.

§ 14 Wehrpflichtausnahmen. Zum Wehrdienst dürfen nicht herangezogen werden: 1. Wehrpflichtige, die nach dem Gutachten eines Sanitätsbeamten oder eines von der Wehrmacht beauftragten Arztes für den Wehrdienst untauglich befunden sind. 2. Wehrpflichtige römisch-katholischen Bekenntnisses, die die Subdiazonatsweihe erhalten haben.

Besonders wesentliche Bestimmungen enthält § 15. Artische Abstammung. Er besagt: 1. Artische Abstammung ist eine Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst. 2. Ob und in welchem Umfang Ausnahmen zugelassen werden können, bestimmt ein Prüfungsausschuß nach Richtlinien, die der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister aufstellt. 3. Nur Personen artischer Abstammung können Vorgesetzte in der Wehrmacht werden. 4. Den Angehörigen artischer Abstammung in der Wehrmacht und des Beurlobenstandes ist das Eingehen der Ehe mit Personen nichtartischer Abstammung verboten. Zuwiderhandlungen haben den Verlust jedes gehobenen militärischen Dienstgrades zur Folge. 5. Die Dienstleistung der Nichtartier im Kriege bleibt besonderer Regelung vorbehalten.

Einjährige Dienstzeit!

Verordnung des Führers über die Dauer der Wehrpflicht

Zu § 8 des Wehrgesetzes vom 21. Mai 1935 hat der Führer und Reichskanzler folgende Verordnung erlassen: „Die Dauer der aktiven Dienstpflicht bei den drei Wehrmachtsteilen wird einheitlich auf ein Jahr festgesetzt.“

Staatenunterbindung und unmöglich macht.

Sie muß jedoch verlangen, daß eine solche Regelung international wirksam wird und allen Staaten zugutekommt, da die Gefahr besteht, daß in Ländern mit Regierungen, die nicht vom allgemeinen Vertrauen ihres Volkes getragen sind, innere Erhebungen von interessierter Seite nur zu leicht auf äußere Einmischung zurückgeführt werden können, erscheint es notwendig, den Begriff „Einmischung“ einer genauen internationalen Definition zu unterziehen.

Abgeordneter Mann der Deutschen Reichstags! Ich habe mich bemüht, Ihnen ein Bild der Auffassungen zu geben, die uns heute bewegen. So groß auch die Besorgnisse im einzelnen sein mögen, ich halte es mit meinem Verantwortungsgesühl als Führer der Nation und Kanzler des Reiches unvereinbar, auch nur einen Zweifel über die Möglichkeit der Aufrichterhaltung des Friedens auszusprechen. Die Völker wollen ihn. Es muß den Regierungen möglich sein, ihn zu bewahren. Ich glaube, daß die Wiederherstellung der deutschen Wehrkraft zu einem Element dieses Friedens werden wird, nicht weil wir beabsichtigen, sie zu einer sinnlosen Größe zu heben, sondern weil die einfache Tatsache ihrer Existenz ein gefährliches Vakuum in Europa beseitigt. Deutschland hat nicht die Absicht, seine Rüstungen ins Uferlose zu steigern.

Wir besitzen keine 10 000 Bombenflugzeuge und werden sie auch nicht bauen.

Im Gegenteil: Wir haben uns selbst jene Begrenzung auferlegt, die nach unserer Überzeugung den Schutz der Nation gewährleistet, ohne gegen den Gedanken einer kollektiven Sicherheit und ihrer Regelung zu verstößen. Wir würden am glücklichsten sein, wenn eine solche Regelung uns die Möglichkeit geben würde, den Fleiß unseres

Volkes für nützlichere Produktionen verwenden zu können als für die Herstellung von Instrumenten zur Zerstörung von Menschenleben und Gütern.

Wir glauben, daß, wenn die Völker der Welt sich einigen könnten, ihre gesamten Brand-, Gas- und Sprengbomben gemeinsam zu vernichten, daß dies eine billigere Angelegenheit wäre, als sich mit ihnen gegenseitig zu zerstören.

Wenn ich so spreche, dann rede ich nicht mehr als Vertreter eines wehrlosen Staates, dem eine solche Handlung anderer keine Verpflichtungen, sondern nur Vorteile bringen könnte. Es ist nicht meine Absicht, mich an der in letzter Zeit an verschiedenen Orten eingetragenen Diskussion über den Wert anderer oder der eigenen Arme über den fehlenden Mut fremder und die hervorragende Tapferkeit der eigenen Soldaten zu beteiligen.

Wir alle wissen, wieviele Millionen Kühner und todesmutiger Gegner uns leider im Weltkrieg gegenüberstanden sind. Aus Deutschen kann aber die Geschichte sicherlich über das Zeugnis anstellen, daß wir die Kunst des vernünftigen Lebens weniger verstanden haben als die Kunst des anständigen Sterbens. Ich weiß, der Deutsche wird als Soldat, wenn je die Nation angegriffen würde, unter dem Eindruck der 1½ Jahrzehnte langen Wehrung über das Schicksal besiegter Völker mehr denn je seine Pflicht erfüllen. Diese sichere Überzeugung ist für uns alle die Last einer schweren Verantwortung und damit eine höchste Verpflichtung.

Ich kann die heutige Rede vor Ihnen, meine Mitkämpfer und Vertrauensmänner der Nation, nicht besser schließen als durch die Wiederholung unseres Bekenntnisses zum Frieden.

Die Art unserer neuen Verfassung gibt uns die Möglichkeit, in Deutschland den Kriegsherrn das Handwerk zu legen. Möge es auch den anderen Völkern gelingen, der wahren Sehnsucht ihres Inneren mutigen Ausdruck zu verleihen! Wer in Europa die Brandfäden des Krieges erhebt, kann nur das Chaos wünschen. Wir aber leben der festen Überzeugung, daß sich in unserer Zeit nicht erfüllt der Untergang des Abendlandes, sondern seine Wiederaufhebung. Daß Deutschland zu diesem großen Werk einen unergänzlichen Beitrag liefern möge, ist unsere stolze Hoffnung und unser unerschütterlicher Glaube.

Die fünfte Sitzung des Reichstages

Seit dem frühen Morgen stand die Reichshauptstadt im Zeichen der am Abend stattfindenden Reichstags-Sitzung. Ueberall wurden Lautsprecher errichtet und instand gesetzt. In den Mittagsstunden fanden sich bereits die ersten Reugierigen in der Wilhelmstraße ein, die unter keinen Umständen die Abfahrt des Führers zur Sitzung verläumten wollten. Schon im Laufe des frühen Nachmittags mußte ein stärkeres Aufgebot von Polizei die Straßenordnung aufrechterhalten, so groß war bereits der Andrang der Menschenmassen.

Die Spannung, mit der die Rede des Führers im Auslande und im Inlande erwartet wurde, geht schon daraus hervor, daß die Rundfunkgesellschaften der drei skandinavischen Staaten, die amerikanische Broadcasting Company, südamerikanische, chinesische usw. Rundfunkgesellschaften aus eigener Initiative die Übertragung der Führerrede wünschten, teils unmittelbar, teils in Uebersetzung. Bis in die heutigen frühen Morgenstunden dauerten diese Übertragungen.

Der Beginn der Sitzung

Der Sitzungssaal in der Stollpoker ist einfach geschmückt. Als die Abgeordneten des Deutschen Reichstages den Saal betreten, fällt er sich bald bis auf den letzten Winkel. Ehrenplätze nehmen ein die acht Abgeordneten des Saarlandes, die zum erstenmal im Laufe vertreten sind.

Dann eröffnet Reichstagspräsident Göring die Sitzung. Er gedenkt, indes sich die Abgeordneten von den Sitzen erheben, Hans Schemm, des tapferen Vorkämpfers der nationalsozialistischen Bewegung in der bayerischen Ostmark, er begrüßt die erstmalig erschienenen Vertreter des Saarlandes und spricht dann über den Heimgang des großen Soldaten der polnischen Nation, Marschall Pilsudski; auch diesen Nachruf hört das Haus lebend an.

Tosender Beifall erhebt sich, als Reichsinnenminister Dr. Fried den Beschluß des Wehrgesetzes verliest.

Unter orkanartigem Händeklatschen und Heulrufen erhebt sich dann der Führer und Reichskanzler zu seiner großen, die außenpolitischen Probleme behandelnden Rede. Atemlos Sitze tritt ein bis die ersten Sätze den ersten Beifall auslösen. Und immer wieder wird dieser Beifall gehandelt, wenn der Führer von den Lebensrechten der deutschen Nation und ihren Grundgesetzen spricht: die sind: Ehre, Freiheit, Gleichberechtigung! Niemand hat ein Volk und eine Volkvertretung ein aufrichtigeres und deutlicheres Bekenntnis zum Frieden abgelegt als in diesen geschichtlichen Stunden dieser fünften Reichstags-Sitzung.

Günzlich nimmt dann der Reichstag die Entscheidung an, in der er die Erklärung der Reichsregierung billigt.

Aus dem Heimatgebiet

Vorausichtige Witterung: Für Donnerstag und Freitag ist zwar mehrfach heiteres, aber zu Bewölkungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Kreistag der NSDAP

Der diesjährige Kreistag der NSDAP wird am 2. Juni in Wildbad abgehalten. Die gesamten Gliederungen der Bewegung treten morgens im Kurgarten zu einer großen öffentlichen Kundgebung an, bei welcher namhafte Führer der Bewegung sprechen werden. Mittags finden in verschiedenen Sälen Sondertagungen der einzelnen Gliederungen statt und abends 6 Uhr wird auf dem Esberg ein zum Andenken an die Gefallenen der Bewegung errichtetes Denkmal geweiht werden.

Selbstverständliche Pflicht aller Parteigenossen ist es, an den Kundgebungen des Kreistags teilzunehmen. Wöpple.

Neuenbürg, 22. Mai

Die NS-Volkswohlfahrt Ortsgruppe Neuenbürg teilt uns zur Veröffentlichung mit, daß unsere Kinder, die zur Kinderlandverschickung nach Gau Süd-Hannover vorgelesen sind, voraussichtlich bestimmt am 3. Juni den Erholungsurlaub antreten. Wir erlauben die Eltern der Kinder, für ausreichende Kleidungs- und Wäscheartikel sowie für gutes Schuhzeug besorgt zu sein. Auch ist unbedingt für zweckmäßiges Reisegepäck Vorkehrung zu treffen. Des Weiteren vermerken wir, daß der vom Kultusministerium an die Volksschulen ergangene Runderlaß, wonach Schulkinder außerhalb der großen Ferienzeit keine längere Freizeite mehr zu gewähren sei, nach Rücksprache mit dem hiesigen Rektorat für die bereits zur Kinderlandverschickung gemeldeten Kinder nicht mehr zu trifft, so daß für Eltern und Kinder kein Anlaß zur Beantragung gegeben ist und die Erholungsreise nach Südhannover zur festgesetzten Zeit erfolgen kann.

Am Grabe zweier Mitbürger

Neuenbürg, 22. Mai. Gestern nachmittag wurden die sterblichen Überreste der so rasch verstorbenen Mitbürger, Drechlermeister Albert Weiß und Buchbinder Ernst Gargus, zu Grabe getragen. An jedem Grab hatte sich eine stattliche Trauergemeinde versammelt, um Abschied zu nehmen von zwei Männern, die sich großer Verdienste bis zu ihrem Tode erfreuen durften. Von auswärts waren zu diesen beiden Begräbnissen zahlreiche Trauergäste, meist gute Bekannte oder Verwandte der beiden Verstorbenen, erschienen.

Die Trauerfeier für Drechlermeister Weiß fand dem Wunsche des Verstorbenen entsprechend am Grabe statt. In den ergreifenden Worten des Geistlichen trat einem noch einmal der tatkräftige, fleißige und charaktervolle Drechlermeister Weiß entgegen, der selbst dem Bielefelder wählte: „Ich schäme mich des Evangeliums von Jesus Christus nicht“ und diesen Text legte der Geistliche seiner Grabrede zugrunde. Der 1. Vorstand des Männergesangsvereins „Niedertranz-Freundschaft“ würdigte in kurzen Worten die Verdienste des heimgegangenen Ehrenmitgliedes, der für die edle deutsche Toneschönheit immer ein aufgeschlossenes Herz zeigte und dem deutschen Lied zuletzte manchen Dämon auf sich nahm. In der Verwandtschaft des „Niedertranz-Freundschaft“ wird sein Andenken in Ehren gehalten werden. Der Chor des Vereins widmete dem Verstorbenen zum Abschied zwei erhebende Trauerlieder, während der Vorstand als äußeres Zeichen der Dankbarkeit einen Kranz niederlegte. Der Bund der Ulagrenadiere ließ unter Dankes- und Abschiedsworten ebenfalls einen Kranz niederlegen. Die Feiern feierlich war durch eine Abordnung vertreten.

Am Grabe von Buchbinder Gargus hatte sich die Turnfamilie und die Gefolgschaft der G. Reich'schen Buchdruckerei und des „Enzfälterers“ versammelt. Der Vorstand des Turnvereins schilderte am Grabe, mit welcher schmerzlichen Gefühlen der Turnverein Neuenbürg von seinem Ehrenmitglied Gargus Abschied nahm. Er war ein guter Turnkamerad, als solcher bleibt er in guter Erinnerung. Für die Gefolgschaft des „Enzfälterers“ und im Auftrag des Betriebsführers sprach Arbeitskamerad Müller am Grabe. Der Verstorbene, vom Betriebsführer und allen Mitarbeitern gleich geehrt, war 38 Jahre lang beim „Enzfälter“ tätig. Der Geistliche legte seiner Ansprache die Schriftworte zugrunde: „Herr nicht mein, sondern dein Wille geschehe“. Die erste Trauerfeier umrahmte der Chor des Männergesangsvereins „Niedertranz-Freundschaft“ mit zwei Trauerliedern. Am Schluß der beiden Trauerfeiern spielte das Bläserquartett der Feiern, Generalsekretär des Lied vom guten Kameraden, während die beiden Fahnen letzte Grüße ins Hölle Grab rauchten. Möge beiden Verstorbenen die Heimaterde leicht werden.

Birkenfeld

Am Dienstag den 20. Mai findet in der Turnhalle punkt 19 Uhr ein Sportwettbewerb statt. Es wird geboten: 1. Vorführungen des BDR, der SA, der Turnerinnen und der Gerätturner. 2. Lichtbildervortrag über die Olympiade 1936.

Verengang der Obstbaumfreunde

Calmbach, 20. Mai.

Am letzten Sonntagvormittag fand hier ein Verengang der Obstbaumfreunde durch einige Obstgärtner am Esberg statt. Führer war Kreisbaumwart Scheerer aus Neuenbürg. Trotz des sehr ungünstigen Wetters folgte eine stattliche Zahl von Interessenten den anschaulichen Ausführungen des Herrn Scheerer. Nach der Begrüßung durch Herrn Deich wurde das für die einzuführenden verschiedenen Spritzungen als Versuchsgrundstück dienende Obstgut des Herrn Keeser besichtigt. Ein Bostop war da zu sehen, wie er nach Gesundheit und Blütenpracht wohl nicht schöner gedacht werden kann, ein Beweis dafür, daß wir hier in Calmbach uns sehr wohl zu den Obsthäusern rechnen dürfen. Herr Deich berichtete über die vorgenommenen Spritzungen und Herr Scheerer über Zweck und Ziel derselben. Im weiteren Verlauf folgte alles mit sehr regem Interesse den praktischen und theoretischen Erläuterungen am Stamm, Zweig, Blatt und Blüte, Schädlinge aus dem Tier- und Pflanzenreich wurden gefunden und mit der Lupe gezeigt. Krebs- und Wundbehandlung, Kronenbildung und „Erziehung“ des ganzen Baumes besonders in den ersten Jahren wurden eindringlich behandelt und gezeigt, was immer noch falsch, verfehlt und wie es nach dem neuesten Stand recht gemacht werden soll. Anschließend sprach Herr Scheerer noch im „Bühnenhof“ über gezielte Borschriften des Gehalts betreffend, besonders auch über die im Herbst und Winter vorgenommene Durchsicht des ganzen Obstbaumbestandes. Dann folgte eine recht lebhaft ausgeführte über alle möglichen Fragen des Obsthäusers, so daß Herr Scheerer fast seinen Zug nach Neuenbürg davonfahren lassen mußte, um alle Fragen zu beantworten. Erfreulich war, daß sämtliche Fachleute Calmbachs amvondend waren. Jedemfalls mußte Herr Scheerer erkennen, daß tatsächlich überaus viel Interesse und auch die nötige Hilfe für den Obsthäuser hier in Calmbach vorhanden ist. Es sei auch, wie Herr Scheerer sagte, der Stand dessen, was er gesehen habe, im ganzen gut. Es werde viel getan, wenn auch manches nicht ganz richtig oder nach altem Stil. Unser weites Schwarzwaldtal sei für die Obsthäuser ganz gut geeignet, nur sei wichtig: „Den richtigen Baum an den richtigen Platz“, da die Abhänge nach Feuchtigkeit, Wärme und auch Boden recht verschieden seien. Eine Sortenvereinsfassung sei anzustreben, die auf bewährten, bei uns als widerstandsfähig und wirtschaftlich erwiesenen, wenigen Sorten laufe. So sei es im Laufe der Jahre wohl möglich, unseren Bedarf selbst zu decken. Pflege und sachgemäße Düngung seien wichtiger als wondrous. Kalt und Kalb sind nicht zu sparen. Herr Bogele führte noch aus, wie er es sich praktisch denkt, zu diesen für uns geeigneten Sorten zu kommen. Zum Schluß dankte Herr Deich dem Kreisbaumwart für seinen Besuch mit dem allseitig geläufigen Wunsch, er möge recht bald wieder kommen.

Milchverwertungsgenossenschaft Dobel tagt

Dobel, 21. Mai.

Am Samstag den 18. Mai fand im Kreisbauhof eine außerordentliche Generalversammlung der Milchverwertungsgenossenschaft Dobel statt. Die Versammlung wurde einberufen, um die Annahme des Einheitsstatuts herbeizuführen und um verschiedene Unklarheiten, welche noch unter den Mitgliedern vorherrschten, aufzuklären.

Vorstand Bott hielt einen Vortrag über das Thema: „Warum die Milch nach Fettgehalt ausbezahlt wird?“ In klaren Ausführungen wurde darauf hingewiesen, warum überhaupt von Seiten der Regierung eine Bestimmung erlassen worden ist, die Milch nach Fettgehalt ausbezahlt. Sodann wurde eingehend erklärt, wie der Milchbezeuger auf Grund der Probeentnahme bzw. dessen Ergebnis seine Milch nach Fettgehalt ausrechnen kann. Wie eine Erhebung der Fetterzeugung möglich ist, hat hiebei Vorstand Bott in ganz interessanter Weise vorgetragen, nämlich, daß bei der Tierzucht angefangen werden müsse. Des Weiteren erörterte der Vortragende einige praktische Beispiele, wie ein Erfolg in der Tierzucht erreicht werden kann.

Im Anschluß an den Vortrag wurde mit großer Mehrheit noch eine Entscheidung dahingehend getroffen, daß die Milch reiflos, auch in Verordnungsreisen, erfaßt werden und auch hierin der Grundlag gelten müsse: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Der Aufsichtsratsvorsitzende, Bürgermeister Rothwang, gab bekannt, daß seit der Gründung der Genossenschaft neue Statuten herausgekommen sind, die mehr den Richtlinien der jetzigen Regierung angepaßt seien. Daraus verlas Herr Rothwang die neuen Statuten, sowie die Dienstamtsweisung und die Geschäftsordnung, welche ohne Vorbehalt angenommen und von den Anwesenden unterschrieben wurden.

Nichtgenossen erhalten in Zukunft je Liter Milch 2 Pfennig weniger ausbezahlt. Bürgermeister Rothwang appellierte nochmals an die Anwesenden um Einhaltung der Milchgesetze und Bestimmungen, damit die Strafgesetze keine Anwendung finden müssen.

Niebelbach, 20. Mai.

Die von der Ortsgruppe Oberhausen-Gräfenhausen auf letzten Samstag ins Gasthaus zum „Adler“ einberufene Versammlung wurde von stellvertretender Kreisrat eröffnet. Dieser gab zunächst bekannt, daß die Jelle Niebelbach nun von der Gauleitung in die Ortsgruppe Oberhausen-Gräfenhausen eingereiht wurde und erteilte hierauf dem Ortsgruppenleiter das Wort. Nicht um uns zu produzieren, veranstalten wir Versammlungen, sondern um uns gegenseitig kennen und verstehen zu lernen und für die künftige Zusammenarbeit ist dies die erste Voraussetzung. Kurz wurden die wichtigsten Bestimmungen der neuen Gemeindeordnung gestreift und zur Zusammenarbeit von Partei und Gemeindeverwaltung angefordert. Der Ortsamtsleiter der NSDAP stellte nur sechs Mitglieder in der Gemeinde Niebelbach fest; diese Zahl reiche nicht aus, um die großen Aufgaben zu erfüllen und gab dem Wünsche Ausdruck, daß noch mehr Mitglieder beitreten möchten. Der Film- und Jungwart wies auf die Bedeutung des Standfests und des Films hin und machte gleichzeitig auf den am 16. Juni im Schulhaus in Gräfenhausen laufenden Film „Deutsche Reiter in Ostafrika“ aufmerksam. Der DAF-Walter sprach über

Aus der Tätigkeit des Herrenalber Gemeinderats

Kreisleiter Wöpple Beauftragter der NSDAP im Sinne der Gemeindeordnung

Serrthal, 21. Mai.

Zwei Besuche im Anschluß an die städtische Wasserleitung werden genehmigt. Kenntnis wird genommen von dem Einlauf verschiedener Erlasse und Beschlüsse, u.a. von dem Bescheid des Technischen Landesamts Ludwigsburg vom 30. April 1935. Danach erlaubt das Landesamt von einer weiteren Verfolgung der eingeleiteten Feldvereinigung in Serrthal in Anbetracht der Ueberlastung des Landesamts an Vermessungsarbeiten durch die Bearbeitung der im Gang befindlichen zahlreichen Feldvereinigungen und der neuen Unternehmen, die im Zusammenhang mit dem Bau der Kraftfahrbahnen beschleunigt zu behandeln sind, abzusehen.

Das Mitglied Kreisleiter Wöpple teilt zum Schluß der Sitzung mit, daß er zum Beauftragten der NSDAP im Sinne der Gemeindeordnung bestellt worden sei und deshalb sein Gemeinderatsmandat niederlege. Der Gemeinderat bedauert das Ausscheiden des Herrn Kreisleiters, dankt ihm durch den Vorsitzenden für seine wertvolle Mitarbeit während der letzten zwei Jahre und bittet ihn, der Stadtverwaltung auch weiterhin sein Wohlwollen zu erhalten.

Für die Badewegreinigung wird Konrad Roth Schneider bestellt. Der Hitlerjugend wird zur Beschaffung von Feldbahnen der gleiche Betrag wie im Vorjahre bewilligt.

Amf. NSDAP-Nachrichten

Städtische Organisation (50)

„Gaupropagandaleitung 1/35 Pg.“

Betr. Bilder vom 1. Mai 1935.

Alle Parteigenossen, die anlässlich der Feiern zum 1. Mai Photoaufnahmen gemacht haben, werden ersucht, der Gauleitung gute Bilder für das Gau-Bildertafelbild — möglichst kostenlos — zu überlassen.

Die Einsender werden gebeten, die Bilder auf der Bildseite mit Ort und Zeitangabe zu versehen. Die Einsendung hat an die Gauleitung, Amt für Propaganda, Stuttgart, Kronprinzstraße 4/II, zu erfolgen.

50 Ämter mit betreuten Organisationen

NS-Frauenkraft, CO. Schönbürg. Am Donnerstag den 20. Mai, abends 8.30 Uhr, findet im „Ochsenstall“ eine öffentliche Werbeversammlung statt. Es spricht unsere Kreis-Frauenkraftleiterin Frau Traute-Wildbad. Ich erwarte vollzähliges Erscheinen der Mitglieder. Alle Volksgenossinnen und Volksgenossen sind eingeladen. Die Ortsamtsleiterin.

NS-Jugend

NS-Jugend Neuenbürg. Samstag, mittags von 4-7 Uhr, letztes Übungschießen vor Abnahme der Leistungsprüfung in Schwann. Standortsführer.

Beitragsleistung und Ermäßigung, über Rechtschutz und Unterbringungseinrichtung der DAF. In begeisterten Worten sprachen die Führer und Führerinnen der Jugendverbände über ihre Organisationen und baten die anwesenden Eltern, doch ihre Jungen u. Nabels reiflos diesen Organisationen bedenkenlos anzuvertrauen. Bürgermeister Boger forderte die Anwesenden zur tatkräftigen Mitarbeit auf in der Gemeinde und am Aufbau der NSDAP. Mit dem Dorf Wesselried wurde die Versammlung geschlossen.

Schwann, 21. Mai. Am letzten Sonntag hielt der Darlehenskassenverein im Gasthaus zum „Adler“ seine Hauptversammlung ab. Der Vorstand begrüßte die in stattlicher Anzahl erschienenen Mitglieder und gab die Tagesordnung bekannt. Davon ausgehend, daß Genossenschaften nur dann eine Daseinsberechtigung haben, wenn sie dem Ganzen dienen, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Nachdem die vom Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) vorgeschriebenen Satzungen verlesen waren, wurde ihre Einführung ohne Widerspruch angenommen. Damit war gleichzeitig eine Änderung der Firma in „Spar- und Darlehenskasse“ verbunden. Einmütig wurde auch die laut Statut vorgeschriebene Verminderung der Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates beschlossen. Nach der Bekanntgabe der Jahresrechnung und der Bilanz durch den Rechner Hermann Bankmüller erstattete der Aufsichtsratsvorsitzende Bürgermeister Kreeb einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Aufsichtsrates, wobei er die zum Wohle der Genossenschaft geleistete ersprießliche Arbeit des Vorstandes lobend hervorhob. Die Versammlung wählte hierauf wieder einstimmig ihren bisherigen Vorsitzenden Joh. Pocco zum Vorstandsvorsitzenden, sowie den langjährigen Rechner Hermann Bankmüller zu dessen Stellvertreter und als weiteres Vorstandsmittglied B. Schönbäcker, Mechaniker. In den Aufsichtsrat wurde unter einmütiger Zustimmung der Versammlung bestimmt Adolf Kreeb, Bürgermeister, B. Willich, Mechaniker, A. Willich, Maurermeister, A. Marke, Wirt, A. Schönbäcker, Schweiger und Gottl. Götner, Gärtner. Mit einem kinnigen Hinweis auf die Pflege des Sparkasses und mit der Aufforderung zur treuen Mitarbeit für die Genossenschaft und damit für das Volksganze schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Wetzlar, 21. Mai. Die sieben Millionen Abzeichen, die am letzten Sonntag in ganz Deutschland durch den Caritasverband im Rahmen einer allgemeinen Sammlung verteilt wurden, wurden in Wetzlarer Betrieben hergestellt, wodurch viele Volksgenossen Arbeit und Brot erhielten.

Calw, 20. Mai. (Nach dem Auto tödlich überfahren.) Am Samstag nachmittag wurde in der Stuttgarter Straße der vierjährige Hans Rodek von hier, als er hinter einem bergan fahrenden Fußgänger hervorsprang, im über die Straße auf den Gehweg zu seiner Mutter zu eilen, von einem im gleichen Augenblick aus entgegengekehrter Richtung kommenden Kraftwagen erfaßt und so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Kreiskrankenhaus gestorben ist. Die Mutter des Kindes, die zuvor den Knaben vergeblich zu warnen versucht hatte, mußte den furchtbaren Vorgang, ohne helfen zu können, mit ansehen.

Mühlacker, 21. Mai. (Großfeuer durch Brandstiftung.) Das in der Kaiserstraße in Mühlacker bei Bretten gelegene Doppelwohnhaus der Frau Engel Witwe und des Friedrich Schütz wurde durch einen

Brand zerstört. Auf dem Speicherboden hand man den Sohn der Frau Engel, der sich dort erhängt hatte, als verkohlte Leiche. Man vermutet, daß er den Brand gelegt hat.

Walzingen-Enz, 21. Mai. (Schwerer Verkehrsunfall) Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Sonntag nachmittag am Ortsausgang von Hussenhausen nach Schwieberdingen zu. Ein Motorrad fuhr rechts aus der Seitenstraße auf die Hauptverkehrsstraße und prallte auf ein Auto auf. Der Motorradfahrer fuhr mit so großer Gewalt auf das Auto auf, daß die Lenkstange ein großes Loch in die rechte Seite des Autos riß und sämtliche Scheiben an dieser Seite des Autos zertrümmert wurden. Der Motorradfahrer erlitt einen doppelten Schädelbruch und wird kaum mit dem Leben davonkommen. Auch seine Beifahrerin wurde erheblich verletzt. Die Insassen des Autos wurden durch Masssplitter leicht verletzt.

Aus der Bewegung

Schömberg, 20. Mai.

Eine kleine „Versammlungswelle“ lief Donnerstag durch unseren Kurort. Die NS-DB veranstaltete in ihren Zellen gleichzeitig drei gutbesuchte öffentliche Versammlungen. Im „Löwen“ sprach in der Zelle Bischoff über das Thema: „Kriegsgefahr“ v. g. J. Herr Effen. Er führte aus, daß die Politik unseres Führers der Erhaltung des Friedens diene. Durch die Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes sei die Kriegsgefahr, die zurzeit unserer Schwäche für Deutschland bedrohlich hätte, behoben. Die heutige Regierung sei eine Regierung der Frontsoldaten und werde als solche alles tun, um einen Krieg zu verhindern. Neben der Wehrhaftmachung sei aber auch die Wiederberufung der inneren Einheit ein Faktor, den jeder äußere Feind heute in Rechnung zu stellen habe. V. g. Haller führte in einem Vortrag, unterstützt durch Lichtbilder, den Befehlern der Zelle Burkhart im „Lamm“ sehr wirkungsvoll das Elend im heutigen Sowjetrußland vor Augen. Seinen Ausführungen legte er das kürzlich erschienene Buch „Und Du siehst Sowjetrußland richtig“, verfaßt von einem Kenner des heutigen Rußland, zugrunde. Er wies auf die Ursachen des Zusammenbruchs und der Hungersnot hin und zog daraus die Lehre, was der 30. Januar 1933 und der vorangegangene Kampf der NSDAP bei uns verhindert hätte. Wohl wäre der Terror bei uns niedergedrungen, aber wir müßten wach bleiben. Damals wären wir näher am Kommunismus und damit am Elend gewesen, als wir gedacht hätten. Das sollten vor allem einmal die Herren Redner sich überlegen. In der „Holt“ sprach v. g. Stöcker in seiner Zelle. Er hatte sich das Wort „Volksgemeinschaft“, das heute zwar aus aller Mund spreche, aber von vielen so falsch verstanden werde, zum abendlichen Thema gewählt. Auf Grund des Buches unseres Führers „Mein Kampf“ zeigte er die Schuld des früheren Bürgertums und des „Proletariats“ dafür, daß früher nie eine Volksgemeinschaft zustande kommen konnte und wies auf die Wege zur Erlangung derselben hin. Die Überwindung der sozialen Gegensätze kennzeichnete er als den besten Weg. In diesem Sinne würdigte er vor allem die Ausführungen Dr. Leus zum 1. Mai. Ortsgruppenleiter Bauspach nahm die Gelegenheit wahr, in allen drei Versammlungen kurz zu sprechen und wandte sich in seinen Worten scharf gegen die Gerüchtmacher, denen es leider auch hier entgegenzutreten gälte. Gemeinsam gesungene Kampflieder, sowie Vorträge Annadercher Gedichte umarmten die einzelnen Vorträge wirkungsvoll.

Muttertagfeier der NS-Frauenchaft Neuenbürg
Neuenbürg, 21. Mai.
Zum erstenmal wurde hier am Muttertag eine öffentliche Feier für ältere und jüngere

Mütter abgehalten unter der Leitung der NS-Frauenchaft Neuenbürg-Waldrennau. Die Tarn- und Festhalle war schön geschmückt mit frischem Tannengrün und Blumen und manch altes Mütterlein sah froh und dankbar am gedeckten Kaffeetisch. Draußen war heller Sonnenschein, der seine Strahlen über die grauen und weißen Scheitel gleiten ließ und Herr Stadelmann versäumte nicht die Gelegenheit, eine Aufnahme zu machen. Die Feier wurde eingeleitet durch einen Vortragsvortrag mit einem lebenden Bild und nach Gedicht und Liedern ergriff die Frauenchaftsleiterin, Frau S. Müller, das Wort zu einer kurzen Ansprache. Sie ging aus von dem Wort des Führers: „In meinem Staate ist die Mutter die wichtigste Staatsbürgerin“. Sie wies auf das selbstverständliche Opfer der Mutter hin, und erzielte die Leistungen der Hausfrau und Erzieherin der Kinder und betonte die Wichtigkeit der Müttererziehung. Mütterbildungarbeit ist Pionierarbeit, der Weg wird schwer sein und manches Hindernis wird es zu beseitigen geben. Gedächtnis, die den Sinn des Tages zum Inhalt hatten und Lieder, gesungen von der Frauenchaft, umrahmten die Feierstunde. Den Höhepunkt des Nachmittags bildete die Aufführung des von der Gauleitung vorgeschlagenen Theaterstücks „Mutter“ von E. Spinger. Frauen und Kinder von der Frauenchaft bemühten sich, die Sache lebhaft und zu Herzen gehend zu gestalten und fanden aufmerksame Zuhörer. Mit einem lebenden Bild und dem gemeinsam gesungenen Lied „Großer Gott, wir loben dich“ endete die Feierstunde. Die strahlenden und dankbaren Augen der heimgehenden Mütter belohnten alle Mühe der belenden und spendenden Hände. O.

Führerlagung der Hitler-Jugend

Vergangenen Samstag versammelten sich die Führer des ganzen Unterverbanes Neuenbürg, um mit dem Bannführer einen Deinetag zu erleben. „Hört ihr es großen“ gab gleich dem Abend das richtige Gespräch. Auf den Gesichtern malte sich die Spannung über das, was kommen sollte. Dieser Abend müßte ein Erlebnis werden. In krasser Form begrenzte der Bannführer zunächst den rein äußerlichen Aufbau des Deinetags. Durch ein Lied werden alle unwillkürlich in ihren Gedanken auf das Komende hingewiesen. Zehelnd und miterlebend schüßerte man der Bannführer Kampf und Sieg Hermann des Befreiers, nachdem er zuvor in knappen Jügen die damalige Zeit umrissen hatte. Von der Höhe des Teutoburger Waldes, weit hin

sichtbar, grüßt das Standbild des Cherubers. So groß und stattlich wie er war, so eifern und kalt steht er heute in Stein gehauen. Als höchste Ideale kannte er nur Kampf, Sieg und Ehre. Aus der Verzweiflung der Ureinwohner heraus führte er die Germanen aus den Gauen zusammen zum Thing. Seine Gabe verstand es, ein Band um alle Kämpfer zu schließen, und gemeinsam brachten sie dann Varus, dem gierigen Abgesandten des machthaberischen Augustus, die vernichtende Niederlage bei.

In den Vordergrund unserer kommenden Arbeiten wird natürlich die Vorbereitung für das Leistungsabzeichen geschoben. Jeder echte Hitlerjunge muß es als sein vornehmstes Ziel ansehen, diese Auszeichnung zu erwerben.

Zufrieden und in dem Bewußtsein, eine schöne und vor allen Dingen nützliche Schulungstunde erlebt zu haben, verließen die Kameraden Neuenbürg. Nun sollen sie draußen in ihren Standorten beweisen, ob sie es verstehen, ihren Kameraden das Wissen vorzuleben. Die Früchte davon werden sich dann in der weltanschaulichen Prüfung für das Leistungsabzeichen zeigen. b.

Schwäbische Chronik

Tübingen, 21. Mai. Bei der Stadtverwaltung Tübingen ist folgendes Dankschreiben des Führers und Reichsleiters eingekommen: „Die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes von Tübingen sowie die mir durch Umbenennung der Mülhstraße in Adolf-Hitler-Straße erwiesene Ehrung erfüllen mich mit aufrichtiger Freude. Ich nehme die Ehrenbürgerschaft an und bitte, dem Gemeinderat meinen ergebensten Dank sowie meine besten Glückwünsche für das Blühen und Gedeihen von Tübingen auszusprechen zu dürfen. Mit deutschem Gruß! Adolf Hitler.“

Teuchtingen, 21. Mai. (Schwerer Autounfall) In der Nacht zum Sonntag fuhr in Teuchtingen beim Gasthof „Zur Rose“ ein Ebinger Personwagen auf ein Haus auf. Dabei wurden zwei Insassen schwer verletzt, so daß sie in das Ebinger Krankenhaus verbracht werden mußten. Außerdem ist das Fahrzeug erheblich beschädigt worden. Der Wagenführer, der zu viel Alkohol zu sich genommen hatte, wurde von der Polizei festgenommen.

Kalen, 21. Mai. Lebendig verbrannt. Lichterloh brennend sprang das 10 Jahre alte Töchterchen des Rauschellbäcker Grund in Essingen auf die Straße. Man versuchte, die Klammen zu erlösen, was auch ge-

lang. Die Wunden waren aber so stark, daß das bedauernswerte Kind abends im Krankenhaus starb. Das Mädchen war einer Wegzugerexplosion in der Küche seiner Pflegerin zum Opfer gefallen.

Dr. Todt in Stuttgart

Stuttgart, 21. Mai.
Wie wir erfahren ist am Montag abend der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Dr. Todt, im Hotel „Graf Zeppelin“ abgestiegen. Dr. Todt kam mit dem Mercedes-Schwarz-Geländewagen an, der ihm am Sonntag vom Führer bei Gelegenheit der Eröffnung der Reichsautobahnstrecke Frankfurt a. M. - Darmstadt zum Geschenk gemacht worden ist.

Marktberichte

Forchheimer Schlachtviehmarkt vom 21. 5.
Zufuhr: 2 Ochsen, 24 Bullen, 15 Kühe, 51 Färsen (Kalbinnen), 136 Kälber, 1 Flog, 379 Schweine. Marktverlauf: Großvieh und Schweine schleppend, Kälber mäßig befest. Ueberstand: 6 Stück Großvieh, 28 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen a 45, b 39, Bullen a 41-42, b 38-40, Kühe a 33-34, b 26-31, Färsen a 43-45, b 40 bis 42, Kälber a 60-62, b 54-58, c 50-53, Schweine a 2, 47-48, b 46-49, c 46-49, d 45-48, g 1, 43-45.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 21. 5.
1935. Zufuhr: Ochsen 20 (und 1), Bullen 219 (1), Kühe 259 (-), Färsen 301 (-), Kälber 185 (2), Schweine 1562 (-). Ochsen a) vollfl. ausgemästete 1, jüngerer 41; Bullen a) jüngerer vollfleischig 41, b) sonstige vollfl. 37 bis 39; Kühe a) jüngerer vollfleischig 36 bis 39, b) sonstige vollfleischig 30 bis 35, c) fleischig 22 bis 26, d) gering genährte 18 bis 21; Färsen (Kalbinnen) a) vollfleischig ausgemästete 41, b) vollfleischig 38 bis 40; Kälber a) beste 55 bis 60, b) mittlere 50 bis 54, c) geringere 43 bis 48, d) geringe 35 bis 40; Schweine a) fetter über 300 Pfund 1, fetter 48, 2, vollfleischig 46 bis 48, b) vollfleischig von 240 bis 300 Pfund 47 bis 48, c) vollfleischig von 200 bis 240 Pfund 46 bis 48, d) vollfleischig von 160 bis 200 Pfund 45 bis 48; Sauen 1, fetter 40 bis 43.

Fußball

Engelsbrand - Wödingen 2:0
Zum erstenmal spürte Wödingen den rauen Wind auf Engelsbrands Höhen und kam dabei um zwei wertvolle Punkte. Engelsbrand hatte den Vorteil des eigenen Platzes, dafür aber den Nachteil, daß es durch Erkrankung und Unglücksfall auf zwei seiner besten Kräfte verzichten mußte. Die Gäste-Mannschaft hat es in den bisherigen Kreis-Meisterschaftsspielen schon bewiesen, daß sie ihren Gegnern das Siegen nicht leicht macht.

Der Spielverlauf zeigte gute und schlechte Momente auf beiden Seiten, aber die Einheimischen hatten immer etwas mehr vom Spiel und vor allen Dingen eine Hintermannschaft, die den Gästeturm nicht zum Zug kommen ließ, was auf der andern Seite nicht der Fall war. Das Halbzeitergebnis von 2:0 ließ keine Bedenken mehr offen, wer Sieger wird, wenn Engelsbrand nicht in den alten Fehler verfiel, das Spiel auf die leichte Seite zu nehmen.

Auch in der zweiten Hälfte hatte Engelsbrand das Heft in der Hand und ließ den Gegner nicht viel bestellen. Wödingen sah, daß an einen Punktgewinn nicht zu denken war und verstärkte seine Abwehr. Trotzdem aber konnte Engelsbrand durch ein weiteres Tor das Verhältnis noch verbessern. Schiedsrichter Laich aus Höfen leitete gut.

Die Borrunde der Kreis-Meisterschaftsspiele ist jetzt abgeschlossen und heißt Engelsbrand ohne Punktverlust an der Spitze. 2. Mannschaften 1:1. ck.

Zeitungs-Verleiher Nr. 2 gültig DA. IV. 35: 3900.

Aufruf zur Reichs-Sportwerbewoche

Unter dem Leitfaden: „Vom Volkssport zur Höchstleistung“ wird in ganz Deutschland vom 26. Mai bis 2. Juni die Reichs-Sportwerbewoche durchgeführt. Die Werbewoche soll einen weiteren Schritt in der Ausdehnung der Leibesübungen auf unser ganzes deutsches Volk bedeuten und zugleich eine Vorbereitung für die Olympischen Spiele 1936 in Berlin sein.

Alle Leibesübungen treibenden Organisationen, die Vereine des Deutschen Reichsbunds für Leibesübungen, die Hitler-Jugend, die Wehrformationen, die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ und die Schulen werden Ausschritte aus ihrer Tätigkeit zeigen. Die württembergische Bevölkerung wird auch in dieser Werbewoche nicht nachsehen wollen. Wir fordern daher jung und alt auf, nach Möglichkeit in einer der genannten Organisationen bei den Leibesübungen selbst mitzuwirken, oder wenigstens als Zuschauer zu betunden, daß die Leibesübungen in Deutschland tatsächlich Sache des Volkes sind.

Dr. Kleff

Gaubeauftragter des Reichssportführers

Stadtgemeinde Neuenbürg.

Bergebung von Pflasterarbeiten.

Die Umpflasterung der Brunnenstraße mit etwa 170 qm sind zu vergeben. Angebote sind bis Montag den 27. Mai 1935, 11 Uhr, beim Stadtbauamt verschlossen abzugeben, daselbst sind auch die Leistungsordnungen erhältlich.

Stadtbauamt: Jetter.

Herrenalb.

Hausfrauen!

Besucht unseren interessanten Werbe-Abend

am Donnerstag den 23. Mai, abds. 8 Uhr 30 Min. im Bahnhof-Hotel.

Dort wird Euch praktisch in verständnisvoller Weise gezeigt, daß es nicht auf theoretische Angaben über Wärmeeinheiten ankommt, sondern — ganz abgesehen von anderen Vorteilen — auf tatsächliche Erfolge sowohl bei der Anschaffung als auch bei der Verwendung elektrischer Geräte.

Kommt und bildet Euch ein eigenes Urteil.

Elektrizitäts-Werk Herrenalb. Elektro-Gemeinschaft Calw.

MGB. Liederkränz-Freundschaft Neuenbürg.

Am Samstag den 25. Mai, abends 8 Uhr, findet im Saal des Gasthofs „Bären“ eine

Boll-Versammlung

des Männer- und Gemischten Chores statt.

Hierzu sind alle unsere Mitglieder einschließlich der Festauschüsse herzlich eingeladen.

Tagesordnung: 1. Hundertjahrfeier, 2. Keckleberfest

J. H. des Gesamtkorbes: Fr. Biesinger, 1. Vor.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung veräußert am Donnerstag den 23. Mai 1935, nachmittags 15 Uhr, in Schömberg:

1 Büffel (konnen), 1 Büchschrank, 1 Kredenz, 14 Uhr in Oberlengenhardt: 1 Büffel.

Zusammenkunft jeweils beim Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Wildbad.

Neuenbürg.

Einen noch gut erhaltenen

Kinderkistenwagen

sofort zu kaufen gesucht.

Angebote an die „Enzler“-Geschäftsstelle erbeten.

Birkenfeld.

Einjährige, reifbare

Ziege mit Jungem

ist zu verkaufen

Ziegelwiesen-Str. 14.

Wer auf Anzeigen verzichtet

verzichtet auf einen guten Teil seines geschäftlichen Erfolgs.

F. V. Neuenbürg.

Heute Training (Sportpl.), einschließlich Schüler und Jugend.

Für die Schule:

Schul- u. Oktav-Hefte	Zeichenblocks
Schüler-Etuis	Reißzeuge
Kunstleder und Leder	Reißschienen
Bleistifte	Radiergummi
Hefturnschläge, bunt	Winkel
Schul-Tafeln	Pinself
Tafelschoner	Farbstift-Etuis
Löschblätter	Pinself und Wasser-Schalen
Griffel weich und hart	Farbkasten
Griffelkasten	Tusche
Schwammdosen	

C. Meeh'sche Buchhandlung

Neuenbürg, Telefon 404

